

VEREIN AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin

Mitgliederrundbrief Nr. 54

Dezember 2005



Foto Friederike Hauffe

Ausstellung im Berliner Rathaus

Vor die Tür gesetzt

Verfolgte Berliner Stadtverordnete 1933-1945

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin, Tel.:
030/263989039, Fax: 030/263989060

<http://www.aktives-museum.de>; e-mail: info@aktives-museum.de

Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

INHALTSVERZEICHNIS

Klaus Wowereit: Zur Eröffnung der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt"	S. 5
Walter Momper: Zur Eröffnung der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt"	S. 7
Christine Fischer-Defoy: Zur Eröffnung der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt"	S. 10
Lilli Elsas: Zur Eröffnung der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt"	S. 14
Gershon Nevo: Zur Eröffnung der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt"	S. 16
Das Erzählcafé mit Angehörigen verfolgter Stadtverordneter	S. 19
Kurt Nemitz	S. 19
Jan Lekschas	S. 20
Karl-Friedrich Alexander	S. 21
Renate Luscher	S. 22
Ulrich Streiter	S. 24
Presse-Meldungen zur Ausstellung "Vor die Tür gesetzt"	S. 28
Neues Deutschland 28.9.2005	S. 28
Berliner Zeitung 4.10.2005	S. 29
Neues Deutschland 4.10.2005	S. 29
antifa November/Dezember 2005	S. 30
Jüdisches Berlin 10/2005	S. 31
Neues Deutschland 27.10.2005	S. 31
Stimmen aus dem Besucherbuch	S. 32
Hilde Schramm: Die parlamentarische Vorgeschichte der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt"	S. 34
Aktuelle Erinnerungen an verfolgte Berliner Stadtverordnete: Julius Grunow und Julius Moses	S. 40
Zum Stand Dokumentationszentrum "Topographie des Terrors"	S. 41
Sonja Mühlberger: Internationales Seminar "Jewish Refugees in Shanghai"	S. 42
Wir erinnern an Martin Beutler (1934-2005)	S. 48
Georg Armbrüster: Erinnerung an Martin Beutler	S. 49
Ausstellungshinweis: Der zweite Sonntag im September	S. 49
Ausstellungsankündigung "Wir waren Nachbarn – 102 Biografien jüdischer Zeitzeugen"	S. 51

Redaktion: Martin Schönfeld

Unser Titelbild zeigt Angehörige verfolgter Berliner Stadtverordneter und Magistratsangehöriger, die am 30. September 2005 an der Ausstellungseröffnung im Berliner Rathaus teilgenommen haben.

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde

Im Zentrum unseres aktuellen Rundbriefes steht die Ausstellung "Vor die Tür gesetzt – Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945". Die Ausstellung, ihre Eröffnung und ihr Rahmenprogramm dokumentiert der Rundbrief ausführlich.

Unsere Ausstellung "Vor die Tür gesetzt" setzt einen Erinnerungsprozess fort, der vor mittlerweile zwanzig Jahren durch das Abgeordnetenhaus von Berlin (West) begonnen wurde. Dieses hatte sich damals der Aufarbeitung seiner institutionellen Vergangenheit gestellt und die Anbringung einer Erinnerungstafel sowie die Erforschung der Biografien der verfolgten Berliner Stadtverordneten veranlasst. So wurde im Februar 1989 ein Bericht durch das Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin vorgelegt, auf dessen Grundlage schließlich im Jahr 2000 eine Gedenktafel im Berliner Rathaus angebracht wurde.

Unsere Ausstellung "Vor die Tür gesetzt" bündelt neue Erkenntnisse, die erst mit der Erschließung bislang unzugänglicher Quellen seit der Wiedervereinigung möglich wurden. Auch nach dem Ausstellungsende am 30. November 2005 setzt die Arbeitsgruppe des Aktiven Museums ihre Recherchen zum Thema weiter fort und wird im Frühjahr 2006 eine umfassende Dokumentation als Buch veröffentlichen. Dann wird auch die Ausstellung wieder zu sehen sein: Sie wird am 8. Juni 2006 im Berliner Abgeordnetenhaus eröffnet und bis zum 7. Juli 2006 dort präsentiert.

Bis dahin können sich alle Interessenten unter www.vordietuergesetzt.de über die Ausstellung informieren. Im Foyer des Berliner Rathauses befindet sich außerdem ein Computerterminal, an dem die bislang bekannten Daten zu einzelnen Verfolgten abrufbar sind.

Mit dem Berliner Abgeordnetenhaus rückt unsere Ausstellung "Vor die Tür gesetzt" 2006 an eine Adresse heran, die für viele der verfolgten Stadtverordneten und verfolgten Magistratsangehörigen eine furchtbare Bedeutung hatte: Die Prinz-Albrecht-Straße 8, wo sich im früheren Kunstgewerbemuseum von 1933-1945 die Gestapo-Zentrale befand.

Für die Schaffung eines Dokumentationszentrums auf dem Gestapo-Gelände läuft gerade ein Architektur-Wettbewerb. Die Stiftung "Topographie des Terrors" hat mittlerweile ihre Aktivitäten auf dem Gestapo-Gelände ausgeweitet und zeigt dort seit dem Sommer ihre Ausstellung über das Hausgefängnis. Diese nicht nur fachlich gelungene Präsentation lenkt den Blick des Besuchers auch auf das Gelände und seine Spuren eines mittlerweile jahrzehntelangen Verdrängens und Scheiterns. Wie groß das Interesse an diesem Thema ist, zeigt, dass selbst an einem grauen, kalten Adventssonntagmorgen hier mehr Besucher zu finden sind als in den anliegenden, warmen Ausstellungsräumen des Martin-Gropius-Baus. Von dem laufenden Architekturwettbewerb wünschte man sich, dass ein noch zu schaffendes Dokumentationszentrum in gleicher Weise den Blick für das Thema und für den Stadtraum öffnet und schärft. Lassen wir uns also überraschen, was aus dem Wettbewerb herauskommt. Unser nächster Rundbrief im Frühjahr 2006 wird sich dieser Frage weiter widmen.

Mit unserem Rundbrief erinnern wir auch an unser im Juli 2005 verstorbenes Mitglied Martin Beutler, der uns seit Mitte der 1990er Jahre eng verbunden war und sich im Kreis der Shanghai-Flüchtlinge an unserer Arbeit beteiligte. Wir werden ihn sehr vermissen.

Unsere Mitglieder, Freundinnen und Freunden wünschen wir schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr 2006.

Unsere Mitglieder zur Kenntnis:

Wir bitten alle Mitglieder, den Mitgliedsbeitrag 2006 erst ab Januar 2006 zu überweisen. Die Mitgliedsbeiträge sind für Einzelmitglieder € 55,-, Einzelmitglieder ermäßigt € 27,50, für Vereine und Organisationen € 165, ermäßigt € 82,50.

Natürlich nehmen wir auch gerne Spenden entgegen. Wie üblich sind alle Mitgliedsbeiträge und Spenden voll steuerlich absetzbar. Bei onlinebanking bitte Spendenbescheinigung anfordern.



Fotos
Friederike Hauffe

Bild oben: Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin
Bild unten, vordere Reihe: Christine Fischer-Defoy, Klaus Wowereit, Lilli Elsas (v.l.n.r.)



Klaus Wowereit

Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "Verfolgte Stadtverordnete und Magistratsmitglieder" am 30.9.2005 im Roten Rathaus

Herr Präsident des Abgeordnetenhauses,
 sehr geehrte Frau Elsas (Schwiegertochter von Bürgermeister Fritz Elsas),
 sehr geehrter Herr Nevo (Sohn von Simon Katzenstein),
 sehr geehrte Frau Fischer-Defoy,
 meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich im Namen des Senats von Berlin zur Eröffnung der Ausstellung "Verfolgte Stadtverordnete und Magistratsmitglieder"

Wir haben in diesem Jahr an vielen Orten des Kriegsendes vor 60 Jahren gedacht. Im Mittelpunkt stand immer das Gedenken an die Opfer dieses verbrecherischen Krieges, mit dem Deutschland die Welt überzogen hatte. Und es gab einen breiten Konsens, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung von der NS-Diktatur war und dass man diesen Tag nicht loslösen darf von dem langen Weg, den Deutschland in die Katastrophe gegangen war. Über allem stand immer wieder der berühmte Satz Richard von Weizsäckers in seiner Rede vom 8. Mai 1985:

"(...) wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.

Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen."

Am Anfang der Katastrophe stand die zielgerichtete und systematische Zerstörung der Demokratie. Und das Rote Rathaus ist – leider – einer der vielen "authentischen Orte" in der Stadt, an denen sich das Zerstörungswerk erläutern lässt. Es begann mit dem Ausschalten von Repräsentanten des demokratischen Staates und mit einer Welle von Entlassungen jüdischer Beschäftigter aus allen öffentlichen Einrichtungen – von den städtischen Krankenhäusern bis zum Kern der Verwaltung.

Als einer der ersten Sozialdemokraten wurde am 3. März 1933 der unbesoldete Stadtrat Wilhelm Ahrens verhaftet.

Am 12. März 1933 ordnete der geschäftsführende preußische Innenminister und Ministerpräsident Hermann Göring die Zerschlagung des Berliner Magistrats an und schon am Tag darauf wurden fünf besoldete Magistratsmitglieder ihrer Ämter enthoben:

- Bürgermeister Friedrich Lange
- Stadtkämmerer Bruno Asch
- Stadtbaurat Martin Wagner
- Stadtschulrat Jens Nydahl
- Stadtrat Harald Heuer

Ebenfalls am 13. März wurden sämtliche Rathäuser in den Bezirken von der SA besetzt. Bürgermeister und Stadträte wurden gezwungen, ihre Funktionen niederzulegen. Die Sozialdemokraten unter ihnen wurden in Haft genommen.

Am 14. März 1933 ernannte Göring den Führer der NSDAP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, Julius Lippert, zum "Staatskommissar der Hauptstadt Berlin". Im Klartext hieß das: Der demokratisch gewählte parteilose Oberbürgermeister Sahm wurde faktisch ausgeschaltet und der Staatskommissar erhielt Eingriffsrechte in allen Bereichen der Verwaltung. Schritt für Schritt wurde "aufgeräumt", wie es die Nazis nannten, und das "Führerprinzip" durchgesetzt. 350 Beamte aus den Hauptverwaltungen und 900 aus den Bezirken fielen der politischen Säuberung zum Opfer. Jeder dritte Angestellte und jeder zehnte Arbeiter wurde entlassen.

Am 20. März 1933 wurde allen kommunistischen und sozialdemokratischen Stadt- und Bezirksverordneten ihre Mandate entzogen. In der Stadtverordnetenversammlung hieß dies: Absolute Mehrheit für die NSDAP – und das in einer Stadt, in der die Nazis selbst bei den nur noch halbwegs freien Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 12. März 1933 mit 86 von 225 Sitzen die Mehrheit bei weitem verfehlt hatten.

Im Umgang mit den demokratisch gewählten Mitgliedern des Magistrats scheuten die Nazis keine Härte. Lassen Sie mich die Namen derjenigen nennen, die ermordet wurden beziehungsweise in der Haft ums Leben kamen:

- Stadtrat Bruno Asch,
- Stadtrat Fritz Ausländer,
- Bürgermeister Fritz Elsas,
- Stadtrat Horst Fröhlich,
- Stadtrat Georg Stolt.

Die Verfolgung von demokratisch gewählten Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern war Kern der Strategie der Nazis, die Träger des von ihnen gehassten Systems auszuschalten. Gleichzeitig zerstörten sie alles, was zu einer lebendigen Demokratie gehört: sie schalteten die oppositionelle Presse aus, setzten die Grundrechte und den Rechtsstaat außer Kraft, verboten die demokratischen Parteien, betrieben die "Gleichschaltung" aller Bereiche der Gesellschaft und eine systematische Verfolgung der Gegner des Nationalsozialismus.

Das Rathaus, im 19. Jahrhundert als Symbol der kommunalen Selbstverwaltung selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger erbaut, wurde seinem eigentlichen Zweck entzogen und diente fortan nur noch dem Vollzug der NS-Herrschaft auf lokaler Ebene.

Bitter ist: Die Menschen in Berlin ließen dies alles weitgehend geschehen. Die demokratischen Widerstandskräfte waren schwach. Viele, die den Willen zum Widerstand hatten, waren durch den Terror der Nazis bereits eingeschüchtert, wurden schon verfolgt, in die Emigration oder die Vernichtung gedrängt. Auch das dürfen wir nicht vergessen.

Wenn Mauern sprechen könnten, die Mauern des Roten Rathauses hätten eine Menge zu erzählen. Deswegen bin ich sehr froh, dass der Verein Aktives Museum sich diesem wichtigen Teil der Geschichte dieses Hauses angenommen hat. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie mit der Ausstellung über die verfolgten Stadtverordneten ein Ausdrucksmittel entwickelt haben, um den Verlust zu dokumentieren, den Berlin durch Verfolgung und Ermordung seiner demokratisch gewählten Repräsentanten erlitten hat.

Die nicht besetzten Stühle symbolisieren die Leere, die blieb, als die Gegner des Nationalsozialismus aus diesem Haus vertrieben wurden. Erinnerung wird an ihre persönlichen Lebenswege und an ihr Leiden. Die leeren Stühle stehen für den Verlust jedes einzelnen Menschen. Sie sind aber auch Sinnbild für den Verlust der Demokratie durch die systematische und zielgerichtete Zerstörung durch die Nazis.

Wir verneigen uns heute vor all den Frauen und Männern, die ihr Engagement in und für die Demokratie mit dem Leben bezahlt haben.

Ihre aufrechte Haltung ist unsere Verpflichtung.

Foto S. 7: Friederike Hauffe



Walter Momper

Rede des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin zur Eröffnung der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt – Im Nationalsozialismus verfolgte Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945"

Im Namen des Abgeordnetenhauses von Berlin begrüße ich Sie sehr herzlich zur Eröffnung dieser bemerkenswerten Ausstellung.

Berlin erinnert sich an ein dramatisches Kapitel seiner Stadt- und Parlamentsgeschichte: an jene Monate im Jahre 1933, als die Nationalsozialisten nach ihrer sogenannten "Machtergreifung" vom 30. Januar 1933 auch auf kommunaler Ebene zum großen Schlag gegen die verhasste – und gefürchtete – Demokratie ausholten. Die Brutalität und Skrupellosigkeit, mit der sie die demokratischen Institutionen zerstörten und ihre Repräsentanten verfolgten und viele von ihnen ermordeten, – die Brutalität entlarvt aber auch, wie sehr die Nazis die Demokratie fürchteten. Sie fürchteten sie, weil diese Staats- und Gesellschaftsform ihrer eigenen simplen Ideologie, ihrem Denken in einfachsten Kategorien, intellektuell überlegen war. Der Machtanspruch der Nationalsozialisten war total, seine Durchsetzung kompromisslos. Für viele der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder begann ein jahrelanger Leidensweg, eine Zeit gnadenloser Verfolgung und Drangsalierung.

Den Meinungsstreit, die politische Diskussion als elementaren Bestandteil einer freien Gesellschaft ersetzten sie durch Intoleranz und Gewalt. Eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung mit ihrem Netzwerk wäre nur schwer zu kontrollieren gewesen: Die Gleichschaltung der Behörden, Organisationen und Institutionen sollte Diskussion, jeden Widerspruch oder gar Widerstand von vornherein ausschalten.

Der Weg zur totalen Macht auch auf kommunaler Ebene wurde in jenen Monaten 1933 freigeräumt. Gegner wurden verfolgt, verhaftet, ins KZ gebracht.

Stadtverordnetenversammlung und Magistrat waren die politischen Symbole der kommunalen Selbstverwaltung: Symbole bürgerschaftlichen Engagements und bürgerschaftlicher Mitbestimmung. Die Stadtverordnetenversammlung war darüber hinaus ein potenzieller Ausgangspunkt für Widerstand: Aus ihr waren immer wieder demokratische Politiker hervorgegangen, die später politische Verantwortung auf nationaler Ebene übernommen hatten. Wir erinnern uns: In den Jahren der Weimarer Republik hatte die Berliner Stadtverordnetenversammlung Mitglieder, die nach dem Zweiten Weltkrieg herausragende Positionen übernehmen sollten. Zwei Beispiele dafür sind Theodor Heuss und Ernst Reuter.

Theodor Heuss, später der erste Bundespräsident, vertrat 1929 und 1930 Schöneberg in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Ernst Reuter, von 1948 bis 1953 Oberbürgermeister und Regierender Bürgermeister von Berlin, war von 1921 bis 1925 Stadtverordneter.

Wie auf anderen Ebenen auch, hatten es die Nationalsozialisten bei der kommunalen Selbstverwaltung besonders eilig, die demokratisch legitimierten Institutionen auszuschalten. Als am 27. Juni 1933 die letzte reguläre Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stattfand, befanden sich die meisten sozialdemokratischen Parlamentarier bereits in Haft, viele KPD-Stadtverordnete schon im KZ.

Ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte, der Berliner Stadtgeschichte und der Parlamentsgeschichte. Seit jeher gibt es in unserer Stadt ein Wissensdefizit, wenn es um die Parlamentsgeschichte geht. Der historische Rückblick konzentriert sich meist auf die Exekutive, die Regierung. Diese Orientierung an der Exekutive hat in Deutschland eine lange Tradition, und sie ist vermutlich ein Relikt aus der Zeit des Obrigkeitsdenkens. Deshalb bemüht sich das Abgeordnetenhaus seit einigen Jahren, durch Informationsveranstaltungen und Ausstellungen die Öffentlichkeit gezielt über Teile der deutschen Parlamentsgeschichte zu informieren. Dies sind – wie sich schnell herausgestellt hat – nicht die langweiligsten Epochen unserer Geschichte. Wir wollen erreichen, dass die Parlamentsgeschichte in der Öffentlichkeit einen höheren Stellenwert erhält als bisher.

In der Ausstellung, die wir heute eröffnen, wird deutlich, dass damals Exekutive und Legislative gleichermaßen der Verfolgung ausgesetzt waren. Verfolgt und ermordet wurden Menschen, die ein demokratisches Mandat hatten und sich in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat für ihre Mitmenschen engagierten. Dem Verein Aktives Museum und seiner Vorsitzenden, Frau Fischer-Defoy, gebührt großer Dank für die vorzügliche Vorbereitung dieser Ausstellung und die umfangreichen Recherchen, die dazu unternommen worden sind.

Einen Teil dieser Ausstellung werden wir im Übrigen im Frühjahr des nächsten Jahres bei uns im Abgeordnetenhaus zeigen.

Diese Ausstellung ist ein äußeres Zeichen des Danks – und unserer Verpflichtung gegenüber denen, die damals verfolgt wurden, weil sie sich – von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gewählt – politisch engagierten.

Ich wünsche der Ausstellung eine große Resonanz in der Öffentlichkeit.



Fotos Friederike Hauffe

Bild oben: Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin
 Bild unten: Christine Fischer-Defoy spricht zur Eröffnung der Ausstellung



Christine Fischer-Defoy

Rede zur Eröffnung der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt – Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945"

Liebe Angehörige verfolgter Stadtverordneter und Magistratsmitglieder,
meine sehr geehrten Damen und Herren

Auch ich möchte Sie an diesem Tage herzlich hier bei der Eröffnung unserer Ausstellung begrüßen. Lassen Sie mich wenige Worte über das Aktive Museum im allgemeinen und dieses Projekt im besonderen sagen.

Der Verein Aktives Museum entstand 1983 aus dem Kreis von Verbänden und Institutionen heraus, die Ausstellungen und Veranstaltungen zum 50. Jahrestag von 1933 organisiert hatten. Es ist ein Museum ohne Haus, das seit über 20 Jahren mit wechselnden Partnern Projekte zur Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Widerstand und Emigration in Berlin organisiert. Dass wir eines Tages hier in diesem hohen Hause landen würden, haben wir jedoch vor 20 Jahren nicht zu träumen gewagt.

Es lag nahe, dass uns irgendwann der Abschlussbericht einer FU-Arbeitsgruppe in die Hände fiel, die Ende der 1980er Jahre auf Initiative der Alternativen Liste und auf Beschluss des Abgeordnetenhauses die Geschichte der verfolgten Berliner Stadtverordneten und Magistratsmitglieder zu erforschen begann. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei dieser Arbeitsgruppe und namentlich bei Herrn Schulze-Marmeling dafür bedanken, dass sie uns die Arbeitsunterlagen dieses Projekts zur Verfügung gestellt haben.

Auf dieser Basis konnten wir weiterarbeiten und Lücken schließen, die seinerzeit wegen des fehlenden Zugangs zu Archiven nicht zu schließen waren. Dass wir dies in großer Gelassenheit tun konnten, verdanken wir insbesondere dem Berliner Landesarchiv, das uns alle denkbaren Wünsche nach Informationen, nach Materialien, Kopien und Repros erfüllte. Dieser Dank gilt gleichermaßen auch für Heimatmuseen, Standesämter, das Archiv des Auswärtigen Amtes, wo die Ausbürgerungsakten der Emigranten liegen, und für das Landesverwaltungsamt, das bis jetzt die Aktenbestände der Wiedergutmachungsverfahren verwaltet.

Oft konnten wir durch Hinweise aus diesen Wiedergutmachungsakten Kontakte zu Kindern der Verfolgten aufnehmen, die unsere Arbeit um weitere Materialien, Fotos und persönliche Dokumente bereichert haben. Ihnen allen, den Kindern und Enkeln der Verfolgten, die uns bei dieser Ausstellung geholfen haben, gilt daher mein besonders herzlicher Dank und ich freue mich sehr, dass so viele von Ihnen heute hierher gekommen sind, stellvertretend für Sie alle möchte ich hier Lilli Elsas nennen, die ja gleich selbst zu Ihnen sprechen wird.

Und wenn dann eines morgens um halb acht Uhr Manfred Adler, der Sohn von Leonhard Adler, vor der Tür stand – er war 86-jährig mit dem Nachtzug aus Meran angekommen, um zu sehen, wer sich da für die Geschichte seines Vaters interessiert – dann entschädigt ein solcher bewegender Moment für alle mühevollen Formalitäten eines Lotto-Antrags und alle Ängste um seine Bewilligung.

Mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, dem Regierenden Bürgermeister und dem Chef der Senatskanzlei hatten wir dabei jedoch die bestmögliche Unterstützung, und ich danke Walter Momper, Klaus Wowereit und André Schmitz für ihr persönliches Engagement in dieser Sache besonders herzlich – nicht zu vergessen die "guten Geister" dieses Hauses, Frau Blomeyer und Frau Censebrunn, die uns bis zur letzten Minute behilflich waren.



Christine Fischer-Defoy

Foto Friederike Hauffe

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand stand uns als Kooperationspartner nicht nur mit Rat und Tat, sondern auch mit kollegialer Unterstützung zur Seite, hier gilt mein besonderer Dank Johannes Tuchel und Frau Brömel.

Aus der Fülle von über 350 bewegenden Biografien haben wir uns für die Ausstellung auf 32 Lebensgeschichten beschränken müssen, die hier in der Ausstellung zu sehen sind. Diese Auswahl ist unter rein rechnerischen Gesichtspunkten nicht repräsentativ. Denn danach stehen 43 Verfolgten aus den bürgerlichen Parteien 335 aus den Linksparteien gegenüber. Wir hätten uns also politisch auf die Linksparteien konzentrieren müssen, und Frauen wären dann in unserer Ausstellung überhaupt nicht vorgekommen.

Wir haben uns demgegenüber dafür entschieden, Biografien auszuwählen, die uns besonders spannend und oft ungewöhnlich erschienen –, aber wir haben auch den Typ des "Parteisoldaten" aufgenommen, wir haben unterschiedliche Verfolgungskriterien berücksichtigt und den weiblichen Abgeordneten breiteren Raum gegeben, weil es in der damaligen Zeit noch mehr als heute bedeutete, als Frau in die Politik einzusteigen und weil gerade ihre Verfolgungsschicksale uns besonders berührten.

Und wenn ich jetzt konkret auf einige dieser vielen Geschichten eingehe, dann möge mir meine Arbeitsgruppe verzeihen, dass ich über drei "meiner" Abgeordneten sprechen werde, weil diese Biografien mir besonders ans Herz gewachsen sind.

Da ist zum einen die wechselvolle Geschichte des bereits erwähnten Stadtbaurats für Verkehr **Leonhard Adler**, geboren als Jude in Italien, in Berlin zunächst zum Protestantismus, dann zur Katholischen Kirche konvertiert, von dem es hieß: "Wenn man einem Katholiken in Köpenick auf den Fuß tritt, schreit der Adler im Magistrat." Zusammen mit Ernst Reuter war er verantwortlich für den Bau des Flughafens Tempelhof und die Gründung der BVG. Er emigrierte 1936 nach Italien, wurde als Verkehrsexperte Berater bei FIAT und Alfa Romeo, begründete den städti-

schen Autobusbetrieb in Tripolis und war von 1948 bis 1953 Verkehrsstadtrat in Mailand. Nach der Pensionierung ging er ins Kloster, wurde 1956 zum Priester geweiht und las die erste Messe vor seinen früheren Kollegen im Mailänder Straßenbahndepot. Sein Nachlass liegt in einem Kloster in Mailand. Auch dort gibt es mittlerweile e-mail, und der rührige Archivar Pater Abele hat uns all seine Schätze für diese Ausstellung zur Verfügung gestellt.

Da ist zum zweiten die Geschichte des sozialdemokratischen Verlegers **Hugo Heimann**, der 1898 seine Verlagsbuchhandlung in Berlin verkaufte, um sich ganz der Politik zu widmen. Mit dem Verkaufserlös stiftete er 1899 eine öffentliche Bibliothek. Als sozialdemokratischer Berliner Stadtverordneter baute Hugo Heimann 1901 acht Wohnhäuser im Wedding, deren Besitz er an Sozialdemokraten übertrug, die damit nach dem Dreiklassen-Wahlrecht als Grundbesitzer zu Stadtverordneten gewählt werden konnten. Hugo Heimann, seit 1926 Ehrenbürger Berlins, emigrierte im Juli 1939 zusammen mit seiner Ehefrau und seinen beiden Söhnen über England in die USA. "Von Johanna, unserer Tochter, geleitet und mit zehn Mark in der Tasche als Rest unseres gesamten Hab und Guts bestiegen wir dann in Hamburg einen Dampfer, der uns wohlbehalten nach Southampton brachte. Am Weihnachtsabend 1939 beträten wir amerikanischen Boden." 1942 wurde sein Vermögen beschlagnahmt. Hugo Heimann lebte in seinen letzten Lebensjahren in einem Altersheim in New York, wo er 1951 starb.

Zum dritten möchte ich **Max Cassirer** nennen, nicht zuletzt, weil seine Geschichte mich an die meiner Familie erinnerte: auch mein Urgroßvater Fritz Canthal war als jüdischer Unternehmer in meiner Geburtsstadt Hanau von 1883 bis 1906 Stadtrat – er hat die Jahre nach 1933 zum Glück nicht mehr erlebt. Max Cassirer, der Berliner Baufabrikant und Besitzer mehrerer Holzverarbeitender Betriebe, der großzügige Mäzen, Finanzier der legendären Odenwaldschule und Ehrenbürger Charlottenburgs, der es für eine demokratische Selbstverständlichkeit hielt, von 1893 an als Stadtverordneter in Charlottenburg und später in Berlin zu wirken, wurde von den Nationalsozialisten enteignet, und es hat ihm nichts genützt, dass er am 27. April 1938 an den Polizeipräsidenten zu Berlin schrieb: "Ich habe die Wünsche und Forderungen der Regierung und der Partei gewissenhaft erfüllt, und es erscheint mir fast als eine Unmöglichkeit, in meinem hohen Alter auszuwandern. Ich möchte in dem Lande, in dem ich geboren bin, auch mein Leben beenden." Der Wunsch Max Cassirers wurde nicht erfüllt, er starb 85-jährig verarmt im englischen Exil. Seine umfangreiche Kunstsammlung lässt sich heute nur noch auf dem Papier erahnen, das wir im Entschädigungsamt fanden.

Für die oft mühevollen, aber dann doch so beglückend ertragreichen Recherchen solcher Lebensgeschichten danke ich den Mitgliedern der Arbeitsgruppe im Aktiven Museum, insbesondere Andreas Herbst, der dieses Projekt initiiert und geleitet hat, Christiane Hoss von der Geschäftsstelle, die systematisch nicht nur die Stadtverordnetenverzeichnisse, sondern auch die manchmal "drögen" Protokolle der Stadtverordnetenversammlung auswertete, sowie Kaspar Nürnberg für das geduldige Lektorat.

Die Idee mit den Stühlen und die Gestaltung der Ausstellung verdanken wir Bettina Kubanek und Petra Müller von den "Museumsfreunden" die bauliche Umsetzung lag bei Martin Wagner in guten Händen, und die Computerapplikation gestalteten die "Museumsmedien" Lehmann & Werder. Ihnen allen danke ich für die gute und erfolgreiche Kooperation.

"Last but not least" ist der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin für die Finanzierung der Ausstellung zu danken. Weiter danken wir der WALL AG für die freundliche Unterstützung.

Wir wollen Ihnen mit dieser Ausstellung Menschen nahe bringen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen verfolgt wurden, und wir wollen über die Ausstellung hinaus Spuren ihrer Geschichten hinterlassen. So können Sie bereits heute neben der Gedenktafel im Treppenaufgang einen Computerterminal sehen, der nach und nach die Biografien aller verfolgten Berliner Stadtverordneten und Magistratsmitglieder enthalten wird – und dort nach Ausstellungsende stehen bleibt.



Foto Friederike Hauffe

Im nächsten Jahr, wenn die Ausstellung noch einmal im Berliner Abgeordnetenhaus gezeigt wird, erscheint mit Unterstützung Walter Mompers ein Gedenkbuch, das alle Biografien sowie weitere Dokumente und Materialien enthalten wird. Und geplant ist darüber hinaus, für alle ermordeten Stadtverordneten und Magistratsmitglieder jeweils einen Stolperstein an ihrer Wohnadresse anzubringen. Hierfür bitten wir bereits jetzt die heutigen Abgeordneten um Patenschaft.

Und nun bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für Lilli Elsas.

Lilli Elsas

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wowereit, sehr geehrter Herr Parlamentspräsident Momper, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr glücklich, dass mit mir noch viele andere Frauen und Männer, alles Angehörige ehemaliger Berliner Kommunalpolitiker, erleben dürfen, dass heute hier im Roten Rathaus, dem authentischen Ort der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, eine Ausstellung eröffnet wird, die an das Schicksal verfolgter Stadtverordneter und Magistratsmitglieder der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus erinnert. Man hörte bereits in den achtziger Jahren, dass es Initiativen in Berlin gab, die sich diesem Thema widmeten; und ich freue mich, dass nun eine Ausstellung und im nächsten Jahr ein Gedenkbuch der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Ich bin Lilli Elsas, die Schwiegertochter von Dr. Fritz Elsas, der bis 1933 Bürgermeister in Berlin war. Mein Mann Peter Elsas und ich sind 1946 nach den USA ausgewandert. Er starb 1998.

Nach den Ereignissen des 20. Juli 1944 wurde die Mutter meines Mannes, Marie, und seine beiden Schwestern Marianne und Hanne von der Gestapo in Sippenhaft genommen und ins KZ gebracht, weil sein Vater zu den Verschwörern des 20. Juli gehörte. Mein Mann war schon früher in Buchenwald inhaftiert.

Dr. Fritz Elsas hatte enge Kontakte zu Carl Gördeler. In dessen Auftrag arbeitete er eine Proklamation aus, mit der Carl Gördeler nach dem Attentat auf Hitler an die Öffentlichkeit gehen wollte. Dr. Fritz Elsas war als Leiter der Reichskanzlei der neuen Regierung vorgesehen. Nach dem gescheiterten Attentat kam Gördeler auf der Flucht zu seinem Freund Elsas, der ihn aufnahm. Da Nachbarn ihn denunzierten, wurde Dr. Fritz Elsas am 10. August 1944 verhaftet und am 4. Januar 1945 im KZ Sachsenhausen ermordet. Seine Familie wurde erst nach Kriegsende aus dem KZ befreit.

Am 14. April 1931 war Dr. Fritz Elsas auf Vorschlag der Deutschen Staatspartei mit den meisten Stimmen zum Bürgermeister und Mitglied des Magistrats gewählt worden. Bis zum März 1933 amtierte er hier in diesem Haus. Deshalb finde ich es auch wichtig, dass es in der Ausstellung auch Aussagen zur Geschichte des Berliner Stadtparlaments gibt, und somit das Berlin der Weimarer Republik beleuchtet wird.

Dr. Fritz Elsas wurde im März 1933 aus dem Amt zwangsbeurlaubt. Am 12. September 1933 teilte der preußische Minister des Innern Dr. Fritz Elsas mit, dass er wegen seiner jüdischen Herkunft in den Ruhestand versetzt wird.

Welche Schicksale Dr. Fritz Elsas und die 31 anderen Frauen und Männer nach 1933 erlebten, kann jeder selbst in der Ausstellung sehen.

Als ich in den USA von der Absicht des Aktiven Museums hörte, an der Wirkungsstätte von Dr. Fritz Elsas hier im Rathaus eine Ausstellung zu machen, habe ich zugesagt, dieses Projekt mit den noch in Familienbesitz befindlichen Unterlagen wie Fotos usw. zu unterstützen.

Es ist hoch interessant zu sehen, wie die Arbeitsgruppe mit den ausgewählten Biografien sehr unterschiedliche Lebenswege und Schicksale erzählt. Sie alle wurden, wie der Titel der Ausstellung sagt, "Vor die Tür gesetzt" und von den Nationalsozialisten verfolgt. Einige gingen ins Exil, andere waren in Haft, wurden umgebracht, andere starben an den Haftfolgen.

Ich möchte im Namen aller hier Anwesenden dem Senat, dem Abgeordnetenhaus von Berlin und vor allem dem Verein Aktives Museum Dank aussprechen für diese interessante, aufklärende Ausstellung und hoffe, dass sie viele, vor allem junge Besucher haben wird.



Lilli Elsas

Fotos Friederike Hauffe

Lilli Elsas und Walter Momper



Gershom Nevo

Ich bin es nicht gewöhnt, vor vielen Menschen zu sprechen. So bitte ich im voraus um Entschuldigung!

Ich begrüße Sie alle und besonders den Bürgermeister Wowereit.

Ich will mit einer Geschichte anfangen. Es war der 28.5.1933. Mein Vater war in die Stadt gefahren. Wir wohnten abgelegen in Neukölln. Da kam ein Herr zu uns herauf und sagte meiner Mutter: "Ich bin bei der Gestapo. Heute Morgen hörte ich im Büro, wie der Name Simon Katzenstein fiel. Was das bedeutet, das weiß ich! Da dachte ich, ich kenne den Herrn Katzenstein aus der Zeit, da ich in der SPD war. Und ich glaube, das kommt ihm nicht zu!" Und dann ging er wieder...

Meine Mutter packte Vaters Sachen und am selben Tag fuhr er ins Rheinland, wo er Schwestern hatte. Vier Monate später ging er mit seinem gültigen Pass über die Grenze ins Saargebiet. Mitte Januar 1935 waren Wahlen. Status quo – Frankreich oder Deutschland.

Vater vertraute auf das logische Verständnis der Bevölkerung, dass sie Status quo oder Frankreich wählen. Doch vorsichtshalber kaufte er eine Karte nach Paris und erwartete die ersten Ergebnisse. Als er las: 85-90 Prozent für Deutschland, fuhr er nach Paris. Das war der letzte Zug, den die Deutschen nicht kontrollierten!

Mein Vater war bewusster Jude, doch freireligiös. Nie hatte er Kontakt zu jüdischen Körperschaften. Er war Deutscher! Er kam nach Holland und bat um Hilfe bei den Sozialdemokraten. Sie konnten ihm leider nicht helfen. So kam er nach Dänemark. Sie konnten ihm leider nicht helfen. Hätte er sich an jüdische Stellen gewandt, wäre ihm sofort geholfen worden, denn sie ahnten was kommen würde. Aber der Gedanke kam ihm gar nicht. So kam er nach Schweden. Und auf einmal war alles anders! Er bekam sofort eine monatliche Unterstützung. Davon konnte er leben. Er bekam eine Wohnung. Darin konnte er leben. Er bekam Arbeitserlaubnis, Vorträge, Aufsätze, Versammlungen. Das war sein Leben! So brachte er seine Frau nach Schweden und war frei in allen seinen Entschlüssen. Und lebte noch 9 ½ Jahre. Ein Gestapo Mann... Er half meinem Vater zu überleben.

Möchten Sie über mein Leben etwas hören? Ich habe sehr wichtige Einzelheiten in meinem Leben erlebt! Nachdem Mutter Vaters Ausreise ermöglicht hatte, war sie darauf bedacht, dass niemand von der Familie als Geisel in Deutschland bleibt, wenn sie Deutschland illegal verlässt. Da mein Bruder bereits in Schweden weilte, meine Schwester bereits in Israel war, so blieb nur noch ich. So erreichte sie, dass ich in das Arbeitscamp "Werkdorp" in Holland aufgenommen wurde. Drei Wochen danach bekam sie von den deutschen Behörden die Möglichkeit, meinen Bruder 72 Stunden außerhalb der deutschen Grenzen zu besuchen! So blieb sie in Schweden, und die ganze Familie war gerettet! Ich war in Holland auf einem wunderschönen Platz, wo ich lernte zu arbeiten, Hebräisch und jüdisches Wissen aufnahm und während zwei Jahren mich entwickelte. Da wurde ein illegales Schiff organisiert, darauf wir unbehelligt nach Palästina gelangten. So kam ich in meine Kommune, meinen Kibbuz, in dem ich mich noch heute befinde.

Im Jahre 1943 heiratete ich und wir waren 60 Jahre glücklich zusammen. Wir haben 3 Kinder, 11 Enkel und 5 Urenkel – alle in Israel und alle sind gesund. Ich habe mein Leben nach meinen Wünschen aufgebaut und bin glücklich. Mein Frau starb leider vor einem Jahr.

Ich möchte meinen Worten noch einiges hinzufügen. Ich bin von der Stadt Berlin eingeladen worden, was mich sehr gefreut hat. Meine Familie und ich sind von der Stadt Berlin wunderbar aufgenommen worden.

Ganz besonders danke ich Monika Puginier, die mir und meiner Familie sehr geholfen hat. Ohne sie wäre mir das nicht gelungen.

Es ist für mich eine große Ehre hier zu sprechen. Es ist für mich der erste Versuch und ich hoffe, er ist mir gelungen.



Gershom Nevo

Foto Friederike Hauffe

Gershom Nevo

am 1.11.2005 an Monika Puginier

Schon ist ein Monat vergangen und ich habe noch nicht geschrieben. Wie soll ich meine Gefühle ausdrücken?

Drei Tage in Berlin haben mir so viel gegeben! Als erstes die Verblüffung, als ich erfuhr, was ihr in Berlin plant. Dann die Freude darüber, dass Menschen, denen es, ohne ihre Schuld, schlecht gegangen ist, endlich, wenn auch spät, Genugtuung dafür erhalten! Alle Achtung der Stadt Berlin! Ich war auch erfreut, dass ich mit den Fotos und dem anderen meinen Teil dazufügen konnte. Dann die Freude, dass ich eingeladen wurde!!! Dass ich aufgefordert wurde, etwas über Vater zu erzählen, wühlte mich auf. Ich ging wochenlang damit "schwanger" so dass alles in meinem Gedächtnis blieb. Meine Tochter Irit schlug vor, dass ich auch etwas über mich selbst erzähle. Dass meine Familie mich begleitete, war für sie ein Erlebnis und für mich nötig. Bei meinen früheren Reisen war ich noch selbständiger, aber diesmal weniger. Dass man mir einen Rollstuhl stellte, war wunderbar. Überhaupt, Eure Sorge für uns war einmalig! Das Hotel war erstklassig, die Treffen waren gut organisiert und wir wurden mit Ehrfurcht aufgenommen! Dass ich aufgefordert wurde, zu reden, habe ich als eine große Ehrung angesehen! Und Du, Monika, warst uns allen eine solche Hilfe und Stütze! Durch Dich haben wir so viel von Berlin gesehen! Drei Tage sind viel, wenn man sie ausfüllt! (...)



Bild oben: Die Moderatorinnen des Erzählcafés Annette Leo und Regina Scheer

Bild unten: Kurt Nemitz berichtet über seinen Vater Julius Moses

Fotos Friederike Hauffe



Das Erzählcafé mit den Angehörigen verfolgter Stadtverordneter und Magistratsangehöriger

Das Erzählcafé schloss die Veranstaltungen des Eröffnungstages unserer Ausstellung "Vor die Tür gesetzt – Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945" am Nachmittag des 30. September 2005 ab. Die beiden Moderatorinnen des Gespräches, Annette Leo und Regina Scheer, stellten die Frage, wie das Wissen um die Verfolgung des Vaters oder Großvaters die eigene Biografie der Angehörigen in ihrer Entwicklung geprägt hat, in das Zentrum der Diskussion. Aus dem Gespräch dokumentieren wir die Redebeiträge einzelner Angehöriger verfolgter Stadtverordneter.

Kurt Nemitz

Kurt Nemitz ist Sohn des Arztes und Gesundheitspolitikers Julius Moses (1868-1942), der als SPD-Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung angehörte.

Die Frage, wie die Erinnerung und das Wissen um die NS-Verfolgung meines Vaters das eigene Leben, die eigene Entwicklung mit beeinflusst hat, wird oft gestellt. Und ich stelle sie mir auch immer wieder selbst. Wenn ich jetzt an meinen Erinnerungen arbeite, dann steht sie eigentlich im Mittelpunkt aller Überlegungen. Die verschiedenen Zeitabschnitte spielen eine Rolle.

Zunächst ist das die Erinnerung an einen liebevollen und besorgten Vater, und an die schöne Kindheit in der elterlichen Wohnung direkt an der Spree, am Bundesratsufer. Im Jahre 1933 kam der große Umbruch. Aus der großen Wohnung mussten wir ausziehen. Als 1935 die Nürnberger Gesetze erlassen wurden, war ich gerade 10 Jahre alt. Was damals geschah, hat mein Vater in dem Briefwechsel mit seinem inzwischen nach Tel Aviv ausgewanderten ersten Sohn Erwin eindrucksvoll geschildert. Wer heute diese 185 Briefe liest (herausgegeben von Dieter Fricke: Jüdisches Leben in Berlin und Tel Aviv 1933 bis 1939, Hamburg, von Bockel-Verlag, 1997), der erhält einen intimen Einblick in das damalige psychologische Klima in Verfolgten-Kreisen in Berlin. Über mich schrieb er in einem der Briefe von 1935: "Kurt weiß von all dem Zores noch nichts." Dann kam die Trennung, und mein Vater musste in die Levetzowstraße ziehen, in eines der Häuser, die später als sogenannte "Judenhäuser" deklariert wurden. Meine stärksten Jugenderlebnisse sind natürlich damit verbunden, dass ich ihn woanders besuchen musste.

In dieser schwierigen Zeit habe ich ihn nach der Schule oft besucht, bin bei ihm gewesen. Er hat sich erzählen lassen, was in der Familie geschehen ist, wie es Mutter und Großmutter (der ehemaligen Reichstagsabgeordneten Anna Nemitz) gehe, und was ich mache. Auch darüber ist in den Briefen aus Berlin zu lesen. Und er hat mir dann gelegentlich eine der von ihm fertiggestellten Mappen mitgegeben, die könne ich in meinen Schulranzen mitnehmen, meinte er dann beiläufig. Auf diese Weise sind die 69 Mappen des Nachlasses herausgekommen und schließlich (versteckt im Kohlenkeller des Reihenhauses von Anna Nemitz in Köpenick) gerettet worden.

Viele Aufzeichnungen über seine Gedanken und Überlegungen, über die immer bedrückender werdende Lage, aber auch über seine sichere Überzeugung, dass nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes ein neues Deutschland wieder einen geachteten Platz in Europa einnehmen werde, sind erhalten geblieben und jetzt im Nachlass. Und da er wusste, dass ich in meinem damaligen jugendlichen Alter seine Überlegungen noch nicht verstehen konnte, hat er mich – in der Hoffnung, dass seine Botschaft später einmal ankommen werde – direkt angesprochen. Etwa so: "Mein lieber Kurt, Du wirst heute noch nicht verstehen, was ich jetzt aufgeschrieben habe, aber lies das bitte mal später. Ich hoffe, dass Du dazu einmal Gelegenheit haben wirst!"

Dass diese Botschaft, damals aus einer Situation der Verzweiflung aufgeschrieben, heute für mich eine selbstverständliche Verpflichtung darstellt, in seinem Sinne weiter zu wirken, wird man verstehen. So habe ich mich in den vergangenen Jahrzehnten, besonders aber seit meiner Pen-

sionierung 1992 bemüht, den Nachlass Moses zu sichten und verschiedene Themen, die historisch nicht uninteressant sein dürften, in Vorträgen und in schriftlichen Beiträgen aufzugreifen.

Da gibt es zum Beispiel die interessante "Gebärstreik-Debatte" von 1913. Moses war als Arzt der Meinung, dass die Arbeiterfamilien nur so viele Kinder haben sollten, wie sie ernähren und erziehen könnten. Dazu gab es Massenkundgebungen der SPD in der Hasenheide. Der Generalstab war alarmiert, weil er Gefahren für die Rekrutierung des Heeres sah. Und das Interessante für die Kenner der sozialdemokratischen Geschichte: Auch Rosa Luxemburg und Clara Zetkin wetteten gegen den unbotmäßigen Genossen Moses, weil sie ebenfalls Nachwuchs-Sorgen – wegen der Massenrevolution! – hatten. Im Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv (1973, Bd. 2) habe ich hierüber berichtet.

Ein anderes Thema ist die Moses-Denkschrift für Regierung und Parlamente über die "Arbeitslosigkeit als Problem der Volksgesundheit" von 1931. Hierüber, wie auch über andere Themen aus der Zeit der Weimarer Republik, gibt es erfreulicherweise Arbeiten jüngerer Wissenschaftler, die sich mit dem Moses-Nachlass befassen.

Hannah Arendt hat in ihrem Nachruf auf Karl Jaspers gesagt, man wahrt das geistige Erbe sinnvoll, wenn man es in der Gegenwart produktiv zur Geltung bringt. Dieser Hinweise mag uns weiterhelfen, wenn wir der Verfolgten und Ermordeten gedenken.

Jan Lekschas

Jan Lekschas ist Enkel von Fritz Lange (1898-1981), der als KPD-Mitglied von 1925-1933 der Berliner Stadtverordnetenversammlung angehörte.

Über die Zeit als Fritz Lange, mein Großvater, Berliner Stadtverordneter war, kenne ich kaum Erzählungen von ihm, bis auf die auch in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Geschichte des „Attentats mit dem Hausschlüssel“ aus dem Jahr 1929. Hier ging es, verkürzt gesagt, um einen Antrag auf Absetzung des Oberbürgermeisters von Berlin Dr. Böß. Als mein Großvater am Rednerpult stand, begann sich ein ziemlicher Tumult zu entwickeln, der darin gipfelte, dass ein sozialdemokratischer Stadtverordneter rief: "Er hat eine Pistole!", worauf mein Großvater einen Schlüsselbund aus der Hosentasche zog, was dann wiederum Tumult und Gelächter hervorrief. Als ich die Geschichte von ihm hörte – ich war noch ein Kind – hat mich dies schon sehr beeindruckt; sie wirft aber auch ein Bild auf den Umgang der Parteien untereinander. Hier wurde heute schon viel über die demokratischen Gepflogenheiten im Parlament gesprochen. Das ist sicherlich richtig, vor allem im Gegensatz zu den Zuständen, die seit 1933 herrschten. Aber es ging auch politisch hart zur Sache zwischen den politischen Parteien, also auch, wie eingangs beschrieben, zwischen den Kontrahenten auf der Linken, Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich untereinander oftmals schärfer bekämpften, als die bürgerlichen Parteien.

Was nun die Frage betrifft, welchen Einfluss mein Großvater auf mich hatte, ob ich etwas von ihm übernommen und ob er meinen späteren Lebensweg geprägt habe, so ist das nicht leicht zu beantworten. Dass ich mich mit Geschichte beschäftigt habe, könnte aber schon damit zusammenhängen, dass auch er ein großes Interesse an Geschichte hatte und u.a. in den 50er Jahren einige Dokumentenpublikationen über den Befreiungskrieg 1813 herausgegeben hatte. Aus einem bürgerlichen Elternhaus stammend, sein Vater war Weingroßhändler in Berlin, seine Mutter kam aus einer jüdischen Familie, hatte er noch vor dem 1. Weltkrieg eine humanistische Bildung genossen. Wenn dieser Krieg und die anschließende Inflation nicht so brutal in die Lebensumstände der bürgerlichen Mittelschichten eingegriffen hätten, so wäre vermutlich auch eine so starke politische Radikalisierung, wie sie kennzeichnend war für die Weimarer Republik, ausgeblieben. Dann wäre wahrscheinlich auch der Lebensweg meines Großvaters anders verlaufen. Im 1. Weltkrieg kam er als Einjährig-Freiwilliger zunächst an die Westfront, dann an die Ostfront, wo er 1917 die Verbrüderungen zwischen deutschen und russischen Soldaten miterlebte. Aus dem Krieg zurückgekehrt, schloss er sich, desillusioniert von der herrschenden Zuständen, der USPD und kurz darauf der KPD an. Im Jahre 1923, er war gerade 25 Jahre alt, reiste er in

Jan Lekschas (rechts)
im Gespräch mit
Hans-Rainer Sandvoß



Foto Friederike Hauße

die Sowjetukraine, und konnte sich so ein Bild von den Veränderungen machen, die in den ersten Jahren unter einer kommunistischen Regierung erreicht worden waren. Weil er Mitglied der KPD war, wurde er 1924 als Lehrer entlassen, die fadenscheinige Begründung vom Beamtenabbau musste dafür herhalten. Er hat dann für "Die Rote Fahne" besonders für den kommunistischen Bilderdienst, gearbeitet. Von den Nazis gleich 1933 in ein KZ geworfen, nahm er nach seiner Freilassung Kontakt zu Genossen aus seinem früheren Arbeitsumfeld auf, wie Wilhelm Guddorf und Martin Weise, die später hingerichtet wurden. Im Rahmen der Widerstandsgruppe "Innere Front" verfasste er in deren gleichnamiger illegaler Zeitschrift Artikel gegen das Hitlerregime. Darunter waren auch historische Arbeiten; so wurden z.B. in einem Artikel über den Feldzug Napoleons gegen Russland Parallelen zu Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion und seine unvermeidliche Niederlage gezogen. Das alles zusammen hat sicherlich mein historisches Interesse geweckt, und natürlich auch meine politische Entwicklung geprägt.

(...)

Mit seinem "Heldentum" hat er uns keineswegs erdrückt. Er war ein sehr humorvoller und großzügiger Mensch, der es verstand mit Kindern umzugehen, und der keine Lehrstunden in politischer Weltkunde mit uns abhielt, obwohl er sicherlich stolz auf seinen politischen Werdegang vom Lehrer in der Weimarer Republik bis zum Volksbildungsminister in der DDR gewesen ist. Aber streng konnte er auch sein, z.B. wenn er am Flügel saß und mein Bruder und ich ein Lied singen sollten, statt dessen aber nur Blödsinn machten, flogen wir aus dem Zimmer. Als ich älter war, habe ich dann mit ihm zusammen seine Unterlagen sortiert, und da er ein guter Erzähler war, auch so manche spannende Geschichte aus seinem bewegten Leben erfahren.

Karl-Friedrich Alexander

Karl-Friedrich Alexander ist Sohn des Rechtsanwalts Eduard Alexander (1881-1945), der als KPD-Mitglied sowohl der Berliner Stadtverordnetenversammlung als auch dem Reichstag angehörte.

Ich möchte gleich auch selber noch eine Frage stellen. Mein Vater Eduard Alexander ist in der Gewitteraktion 1944 verhaftet worden, weil er bekannt war, er war Abgeordneter der KPD im Reichstag und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewesen, also ein wichtiger Mann der KPD, und ist dann umgekommen, wahrscheinlich in Bergen-Belsen, wir wissen es nicht genau. Von 1931 bis Mitte 1940 war er als Rechtsanwalt tätig in der Rechtsabteilung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. Für den Wirtschaftsaustausch, den es gab, brauchte man ordentliche Anwälte und mein Vater war dadurch, soweit ich es beurteilen kann, zunächst vor

dem Zugriff des Nazis geschützt. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion ging das natürlich nicht mehr, schon vorher, also schon nach dem Abschluss des sogenannten Hitler-Stalin-Paktes, wurde er entlassen, hatte auch ein gutes Zeugnis erhalten, das hier in der Ausstellung gezeigt wird.

In dem Zusammenhang, das war in der Zeit 1942/43, als meine Einberufung zu Arbeitsdienst und Wehrmacht bevorstand, sagte mir mein Vater: "Junge pass auf, solltest Du in sowjetische Gefangenschaft kommen, dann merke Dir einen Namen: Skossyrew" Ich habe mir das so eingepägt, dass ich diesen Namen nie vergessen habe, obwohl ich gar nichts damit anfangen konnte. Nun hat Stefan Doernberg vor kurzem eine Autobiografie (Fronteinsatz, edition ost, 2004) veröffentlicht, in der er seinen Einsatz als Deutscher, der in der Sowjetunion groß geworden ist, im Dienste der SMAD darstellt, und da war sein Vorgesetzter, der wohl in Schwerin die SMAD leitete, ein General Skossyrew. Also ich vermute, dass mein Vater während seiner Tätigkeit in der Handelsvertretung mit Skossyrew zusammengearbeitet oder Kontakt hatte. (...) So wie Stefan Doernberg es darstellt, war dieser Skossyrew offensichtlich doch mehr Politikkommissar als General, der vielleicht gezielt inoffizielle Verbindungen zu meinem Vater herstellte, als dieser in der Handelsvertretung beschäftigt war. Wenn jemand das rauskriegen könnte, ob es da spezielle Verbindungen oder mehr Informationen gibt? Diese Frage habe ich mir natürlich immer auch gestellt: Hat denn mein Vater irgendwie noch nach 1933 politisch gearbeitet in diesem Sinne? Ein entsprechender Kontakt mit der sowjetischen Seite wäre natürlich sehr interessant gewesen. Und dass er mir nun noch genau das sagt: Es gibt da einen Mann, der heißt Skossyrew, und wenn Du den Namen sagst, dann ist das jedenfalls jemand, den ich kenne oder der mich kennt und der vielleicht etwas für Dich tun kann.

Meine Kinderzeit habe ich im wesentlichen in West-Berlin verlebt, in Reinickendorf. Dort habe ich durch mein Umfeld bereits mitgekriegt, dass wir Kommunisten waren. Zu den entsprechenden Feiertagen wurden rote Fahnen rausgehängt, zu den Wahlen auch mal eine Parole an den Balkon geklebt. Als die Nazis an die Macht kamen, war ich schon bei der Kindergruppe der Jungen Pioniere angemeldet. Meine Mutter aber floh mit mir und meinen inzwischen dazugekommenen beiden Schwestern zu ihren Eltern nach Hamburg-Bergedorf. 1935 konnten wir dann endlich mit meinem Vater zusammenziehen, nach Berlin-Nikolassee in ein eigenes Haus. Zur Schule ging ich aufs Zehlendorfer Gymnasium. Da kam die Aufforderung, sich beim "Jungvolk" anzumelden. Meine Mutter, die nicht so streng wie mein Vater war, hatte nichts dagegen und ich bekam eine schwarze Uniform. Abends kam ich mit der neuen Uniform und einem Fahrtenmesser am Gürtel zum Essen. Aber da sagte mein Vater: "Bei uns kommt man nicht bewaffnet zum Essen". Damit war klar, dass sich an seiner Einstellung nichts geändert hatte. Glücklicherweise löste sich das Problem von selbst, da ich als "Mischling 2. Grades" (mein Großvater war Jude) nicht Mitglied einer Nazi-Organisation werden durfte.

Ich bedaure sehr, dass mein Vater die Nazizeit nicht überlebt hat. Ich hätte von ihm sicher für meine politisch-gesellschaftliche Bildung noch viel lernen können. Vielleicht auch etwas über die Rolle Skossyrews. Leider konnte mir darauf auch Stefan Doernberg keine Antwort geben.

Renate Luscher

Renate Luscher ist Enkelin des Politikers August Luscher (1876-1970), der als KPD-Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung angehörte.

Ich meine, man denkt erst später darüber nach, wie politische Richtungen und Einstellungen in der Familie tradiert werden. Man entdeckt, dass innerhalb der Familie bestimmte Geisteshaltungen usw. sehr stark sind und weiter in die nächsten Generationen weiterwirken. Bei uns hat man zum Beispiel immer SPD gewählt, und das war einfach so üblich und hat sich tradiert von der Großelterngeneration. Die Großeltern selber waren vor und nach dem Krieg -allerdings weiter links, und der Großteil der Familie war dann halt SPD-links.



Renate Luscher (links) und Hanna Knospe, Enkelinnen von August Luscher, in der Ausstellung

Foto Friederike Hauffe

Was mich durch die Nähe zum Großvater auch beeinflusst hat, war, dass er sich als Betriebsrat für Arbeitnehmerrechte eingesetzt hat. Ich habe in meinem Arbeitsleben weitgehend auf der Ebene der Geschäftsleitung, im Management gearbeitet, aber der Blick auf Arbeitnehmerrechte und die Ausgewogenheit innerhalb der Unternehmen usw. hat mich immer begleitet und interessiert. Ja, man sollte jetzt nicht nachträglich hineininterpretieren, aber das gehört vielleicht auch dazu. Ich erinnere mich an die Geburtstage bei meinem Großvater. Er hat eine sehr ausgleichende und schlichtende Art gehabt und auch Humor. Dadurch konnte er zwischen extremen Positionen, die in der Familie ja vorhanden waren, ausgleichen: eine sehr humane Haltung, die ihm viel Hochachtung eingebracht hat. Das hat mich als Kind sehr stark beeindruckt und als Vorbild gewirkt.

Annette Leo: Und diese doch starken Kontroversen auch innerhalb der Familie, von denen Sie vorhin gesprochen haben, hatte das auch ein bisschen etwas mit diesen Grabenkriegen des Kalten Krieges zu tun, was sich in der Familie da abspielte?

Ja natürlich, sicher, ich sollte zum Beispiel in die FDJ eintreten, und meine Mutter wollte nicht. Ein großes Gezerre, und jeder hat sehr stark seine Positionen vertreten. Dann die Diskussionen zur Rolle der Sowjetunion. Ja, Kalter Krieg, kann man sagen, genau.

Ulrich Streiter

Ulrich Streiter ist Enkel des Gesundheitspolitikers Georg Streiter, der für die Deutsche Volkspartei (DVP) der Berliner Stadtverordnetenversammlung und auch dem Reichstag angehörte.

Meine einzige Erinnerung an den Großvater ist ein "Pflichtbesuch" bei ihm – etwa 1940 – mit meinem Vater. Sonst gab es eigentlich keine familiären Kontakte. Eine politische Tradition in der Familie gab es auch nicht. Sein Engagement als Vertreter der DVP im Reichsgesundheitsrat war wohl für ihn eine Möglichkeit, seine gesundheitspolitischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Hier gab es sicher Debatten und Auseinandersetzungen mit anderen Parteien, z.B. auch mit dem hier geehrten Julius Moses.

(...)

Wie gesagt, im Vordergrund stand für ihn weniger die Parteipolitik als vielmehr die Gesundheitspolitik. Schon im Ersten Weltkrieg war er im Auftrag des Roten Kreuzes für die Betreuung Kriegsgefangener bis in die Türkei unterwegs. Dafür wurde ihm unter anderem das Eiserne Kreuz verliehen, obwohl er nie Soldat gewesen ist. Auch im Dritten Reich war er wieder in dieser Funktion beim Roten Kreuz tätig.

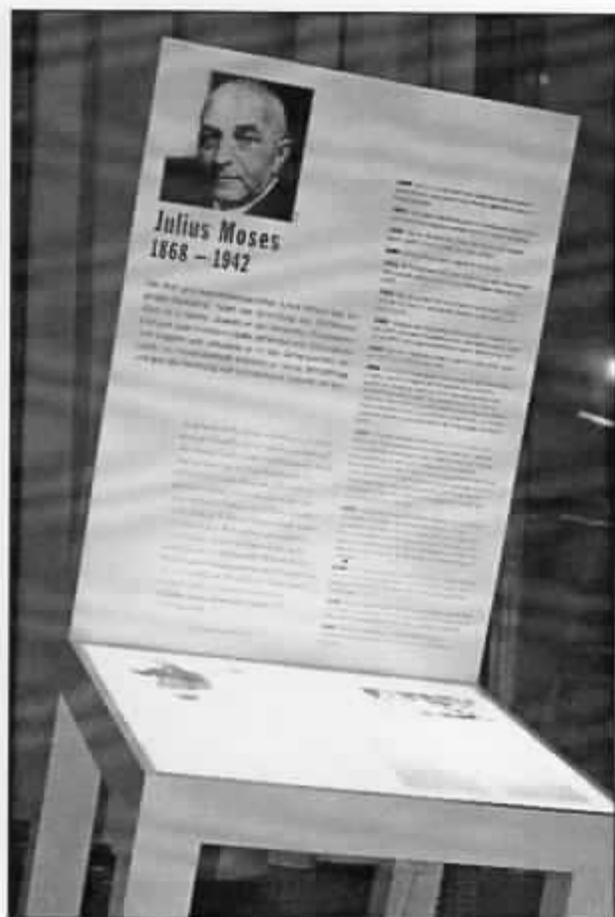
Er war ja eigentlich kein politisch Verfolgter im Dritten Reich. Er war das Opfer eines Regimes, das seine menschliche Behandlung von Kriegsgefangenen als politischen Widerstand wertete und ihn ohne Prozess umbrachte. Was genau nach seiner Verhaftung im Herbst 1944 mit ihm passierte, ist niemals aufgeklärt worden.

Mein Leben ist durch das Schicksal des Großvaters nicht direkt beeinflusst worden, aber mein tiefes Misstrauen gegen irrationales Verhalten und totalitäre Tendenzen in Staat und Gesellschaft ist dadurch sicher verstärkt worden.

Ulrich Streiter (rechts) im Gespräch mit den Moderatorinnen

Foto Friederike Hauffe





Fotos Friederike Hauffe





Die Angehörigen von Fritz Elsas am Ausstellungs-Stuhl (v.l.n.r.):
Mignon E. Brown, Lilli Elsas, Barbara Babic-Heuss und Marion E. Jarett

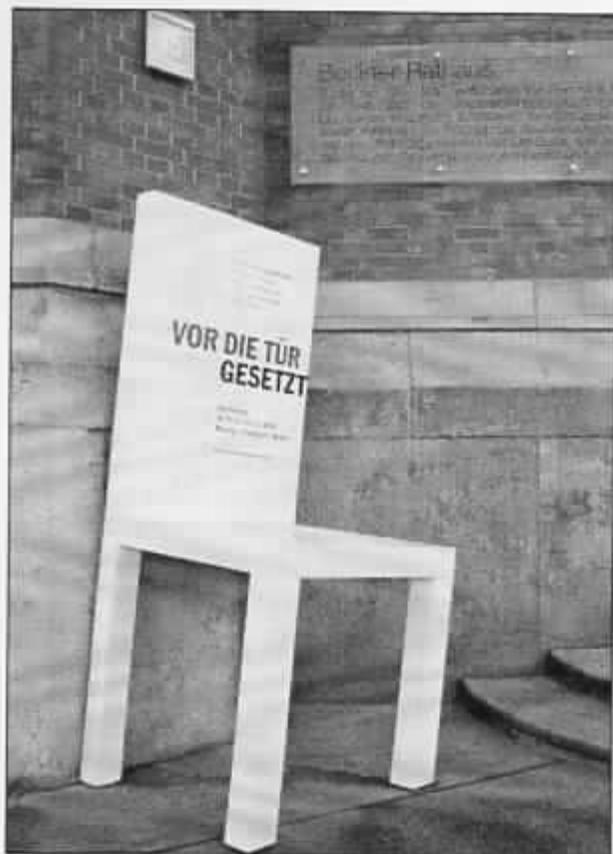
Fotos Friederike Hauffe





Glückwunsch zur gelungenen Ausstellung: Eleonore Kujawa (links) gratuliert Christiane Hoss

Fotos Friederike Hauffe, Martin Schönfeld (u.l.)



Neues Deutschland 28.9.2005

Warum so spätes Gedenken?

Andreas Herbst über die Erinnerung an verfolgte Abgeordnete

● 1985 hat das Westberliner Abgeordnetenhaus beschlossen, im Rathaus Schöneberg eine Erinnerungstafel für die in der NS-Zeit ermordeten Parlamentarier anzubringen. Warum erst so spät?

Das hat mit der seinerzeit vorherrschenden Erinnerungs- und Gedenkkultur und mit der Geschichte dieser geteilten Stadt zu tun. 40 Jahre nach Kriegsende und Befreiung war es die Alternative Liste, die im Mai 1985 den Antrag einbrachte, der zwischen 1933 und 1945 verfolgten und ermordeten Stadtverordneten Berlins zu gedenken. Eine Arbeitsgruppe der FU Berlin führte erste Recherchen durch und legte 1988 einen vorläufigen Schlussbericht vor, der vom Aktiven Museum für weiterführende Forschungen genutzt wurde.

● Ab 30. September wird erstmals im Roten Rathaus eine Ausstellung über in der NS-Zeit verfolgte Stadtverordnete eröffnet. Wie viele wurden damals umgebracht?

Nach jetziger Kenntnis über 50 Männer und Frauen. Eines der ersten Opfer war Hermann Scheffler, Kommunist aus Wedding, der am 18. September 1933 verhaftet und so grausam misshandelt wurde, dass er am Tag darauf starb. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sieben Stadtverordnete, die in die Sowjetunion emigrierten, dort verhaftet und erschossen wurden.

● Kann eine Ausstellung aller gerecht und würdig erinnern?

Fragwürdig



Der Berliner Historiker (Jg. 1955) ist Mitglied der Arbeitsgruppe des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin

Foto: Privat

In der Tat ist das sehr schwer. Wir haben dennoch 32 Personen ausgewählt, Prominente wie nicht Prominente, Frauen und Männer, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Zentrumsleute.

● Beispielsweise?

Bürgermeister Fritz Elsas (DDP), ein späterer Verschwörer des 20. Juli 1944, Anfang Januar 1945 in Sachsenhausen erschossen, die Arbeiterin Marie Heisig (KPD), Dompropst Bernhard Lichtenberg, Baustadtrat Leonhard Adler, die in Theresienstadt umgekommene Ärztin Martha Wygodzinski (SPD) und der Direktor des Strandbades Wannsee, Herman Clajus (SPD), der sich schon vor 1933 den Nazis entgegenstellte und sich im März 1933 das Leben nahm.

● Wie schlüsselt sich die Opferzahl auf die Parteien auf?

Unter rein rechnerischen Gesichtspunkten sind die 32 Frauen

und Männer nicht repräsentativ. Den 43 Verfolgten aus den bürgerlichen Parteien stehen 335 aus den Linksparteien gegenüber. Wir haben unterschiedliche Verfolgungskriterien berücksichtigt und den weiblichen Abgeordneten breiteren Raum gegeben, weil gerade ihre Schicksale uns besonders berührten.

● Wie lange hat die Stadtverordnetenversammlung noch nach Hitlers Machtantritt existiert?

Die letzte reguläre Sitzung fand am 27. Juni 1933 statt. Da befanden sich zahlreiche KPD-Stadtverordnete schon im KZ. Mit dem SPD-Verbot am 22. Juni 1933 wurden auch die meisten SPD-Stadtverordneten verhaftet.

● Gab es in der DDR vergleichsweise Bemühungen der Erinnerung an diese Parlamentarier?

In den 80er Jahren gab es am Eingang des Roten Rathauses eine Gedenktafel, die an die verfolgten Stadtverordneten während der NS-Zeit erinnerte. Diese wurde dann abgenommen und 1997 bzw. 2001 im Innern des Rathauses durch eine neue, namentliche Gedenktafel ersetzt. Die DDR hat seinerzeit den West-Berliner Historikern, die an diesem Projekt arbeiteten, die Nutzung einiger Archive gestattet.

Fragen: Karlen Vesper

Hinweise und Ergänzungen nimmt das Aktive Museum gern entgegen: info@aktives-museum.de.

Berliner Zeitung 4.10.2005

Aus allen Ämtern gejagt – Eine Ausstellung im Roten Rathaus erinnert an das Schicksal von Stadtverordneten während der NS-Zeit

Eines Morgens in aller Frühe stand Manfred Adler vor der Tür von Christine Fischer-Defoy. Der 86-Jährige war extra aus Meran angereist, um zu sehen, wer sich für die Geschichte seines Vaters, Leonhard Adler, interessiert. Fischer-Defoy ist die Vorsitzende des Vereins Aktives Museum. Für sie und ihre Mitstreiter sind solche Erlebnisse Ansporn nicht nachzulassen, über Verfolgung und Widerstand im NS-Regime zu forschen. Ergebnisse ihrer Arbeit sind derzeit in einer einzigartigen Ausstellung im Roten Rathaus zu sehen. In seiner Eröffnungsrede erinnerte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) an den 13. März 1933. An jenem Tag wurden die Rathäuser in den Bezirken von den Nazis besetzt und Stadträte gezwungen, ihre Ämter niederzulegen.

Es sind 389 Berliner Politiker, die mit Beginn der Terrorherrschaft verfolgt wurden. 53 kamen aus bürgerlichen Parteien, 336 von SPD und KPD. "Die nicht besetzten Stühle in der Ausstellung symbolisieren die Leere, die diese Menschen hinterlassen haben", sagte Wowereit. Jeder dritte Angestellte und jeder zehnte Arbeiter sei damals aus politischen Gründen entlassen worden.

So auch Leonhard Adler. Als Jude in Italien geboren, trat Adler zunächst zum Protestantismus über und wurde schließlich Katholik. Von dem ersten katholischen Verkehrsstadtrat in Berlin wird der Satz zitiert: "Wenn man einem Katholiken in Köpenick auf den Fuß tritt, schreit der Adler im Magistrat." Mit dem legendären SPD-Politiker Ernst Reuter war Adler verantwortlich für die Gründung des Flughafens Tempelhof und die BVG. Nach seiner Emigration 1936 arbeitete er bei Fiat und Alfa Romeo und war bis 1953 Verkehrstadtrat in Mailand. Nach seiner Pensionierung ging Adler dort ins Kloster. Archivar Pater Abele hat dem Aktiven Museum Papiere und Schriftstücke Adlers zur Verfügung gestellt.

(...)

Längst nicht alle Politiker hatten solches Glück wie Adler, der den Naziterror überlebte. Fritz Elsas, ein überzeugter Demokrat und seit 1931 Bürgermeister von Berlin, wurde zunächst zwangsbeurlaubt und im September 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft in den Ruhestand versetzt. Elsas war von den Verschwörern des 20. Juli 1944 als Leiter der Reichskanzlei der neuen Regierung vorgesehen. Doch Nachbarn denunzierten ihn. Elsas wurde im Januar 1945 im KZ Sachsenhausen ermordet. Seine in den USA lebende Schwiegertochter hat für das Ausstellungsprojekt im Familienbesitz befindliche Unterlagen und Fotos zur Verfügung gestellt.

Es war ein langer Weg, bis diese Ausstellung gezeigt werden konnte. Vor zwanzig Jahren haben einige Historiker und Politologen begonnen, das Schicksal von ermordeten und verfolgten Berliner Stadtverordneten zu recherchieren. 1989 landeten die zusammengestellten 300 Biografien nur als eine Drucksache im Abgeordnetenhaus von West-Berlin. Erst nach 1990 konnten mit Materialien aus den Archiven der DDR und West-Berlins wesentliche Forschungslücken geschlossen werden. Schließlich arbeitete eine kleine Gruppe in den letzten zwei Jahren weiter an dem Projekt mit Hilfe von Lottomitteln. Im nächsten Frühjahr soll die Ausstellung im Abgeordnetenhaus gezeigt werden. Außerdem plant der Verein Aktives Museum ein umfangreiches Gedenkbuch.

Marlies Emmerich

Neues Deutschland 4.10.2005

Einst saßen Menschen auf den Stühlen – Ausstellung im Roten Rathaus über die 1933 bis 1945 verfolgten Stadtverordneten

"Vor die Tür gesetzt" ist der Titel einer Ausstellung im Roten Rathaus, die den insgesamt 389 im Nationalsozialismus 1933 bis 1945 verfolgten und ermordeten Berliner Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern gewidmet ist.

Dokumentiert werden anhand von 32 ausgewählten Biographien mit Fotos, persönlichen Zeugnissen und Dokumenten die Lebenswege kommunaler Politiker, die aus verschiedenen Gründen ins Exil gingen, verfolgt oder ermordet wurden.

Auf weißen Stühlen im Wappensaal und im Treppenhaus davor sind ihre Biographien angebracht – die Stühle symbolisieren das Fehlen der Menschen, die einst auf ihnen saßen. Die Oberfläche eines ebenfalls weißen Tisches zeigt die Geschichte des Rathauses und des Stadtparlaments. Besucher erhalten so exemplarisch einen Einblick in die systematische Zerstörung der demokratischen Organe durch die Nazis.

Neben den Biographien bekannter Kommunalpolitiker wie Ernst Reuter, Kurt Löwenstein oder Fritz Lange findet man Informationen zu interessanten Persönlichkeiten wie beispielsweise Hilde Radosch. In den 20er Jahren war sie unter anderem in der Leitung des Roten Frauen- und Mädchenbundes aktiv. Von 1929 bis 1932 engagierte sie sich als Stadtverordnete und Bezirksverordnete in Mitte für die KPD. Während der NS-Zeit durch ihre Homosexualität ständigen Bedrohungen ausgesetzt, führte sie mit ihrer Partnerin ein zurückgezogenes Leben. Wie bei vielen anderen Abgeordneten, die den Naziterror überlebten, hielt ihr politische Engagement lebenslang an. In den 70er Jahren war sie in der Frauenbewegung aktiv und war Mitbegründerin der L74, einer Gruppe für ältere Lesben.

Konzipiert wurde die Ausstellung anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes vom Verein Aktives Museum e.V. im Auftrag von Senat und Abgeordnetenhaus. Neben den Biographien steht Besuchern eine Datenbank für Recherchen zur Verfügung. Sie verbleibt nach Ausstellungsende im Rathaus und soll fortlaufend aktualisiert werden.

Die mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin finanzierte Ausstellung ist ab heute bis Ende November der Öffentlichkeit zugänglich. Zahlreiche Begleitveranstaltungen sind geplant. Im Juni 2006 wird die Ausstellung im Abgeordnetenhaus gezeigt. Bis dahin ist das Erscheinen eines Gedenkbuches mit allen bisher ermittelten Biographien verfolgter Stadtverordneter geplant.

Ina Beyer

antifa Beilage November/Dezember 2005, S. 15

"Vor die Tür gesetzt" – Erinnerung an Berliner Kommunalpolitiker 1933-1945

Mit einem überdimensionalen weißen Stuhl vor dem Berliner Roten Rathaus werden Passanten auf eine gleichnamige Ausstellung im Gebäude verwiesen. Sie erinnert an Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder, die zwischen 1933 und 1945 verfolgt wurden. Gestaltet wurde sie im Kontext der Gedenkveranstaltungen zur 60. Wiederkehr der Befreiung Deutschlands von der Hitler-Tyrannei vom "Verein Aktives Museum". Dieser widmet sich seit mehr als zwei Jahrzehnten besonders der Geschichte der Verfolgung, des Widerstands, der Emigration von Gegnern des Naziregimes.

Auf 32 Stühlen im 1. Stock des Rathauses werden 32 Lebensschicksale wieder lebendig. Über 350 Biografien wurden erforscht. Erstaunlich viele Dokumente, sehr persönliche, amtliche, scheinbar nebensächliche, vermitteln, was es bedeutete, ab 1933 wegen Zugehörigkeit zu einer demokratischen Partei, einer bestimmten Konfession, einer Weltanschauung vom überall gegenwärtigen, wenngleich nicht oft sichtbaren Netz der braun, schwarz und oft auch ganz zivil gekleideten Häscher, Spitzel, Jäger erfasst worden zu sein. Bei der Eröffnung verwies die Vorsitzende des Vereins, Christine Fischer-Defoy, auf die Qual der Auswahl, gibt es doch inzwischen gesicherte Daten über mehr als 350 in Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung tätig Gewesenen. Viele wurden ab 1933 entlassen, verfolgt, in KZs verschleppt, in die Emigration getrieben, fünf auch ermordet. Doch von diesem Kreis konnte nur eine kleine Gruppe portraitiert werden, weshalb die Ausgewählten aus rein rechnerischen Gründen auch nicht repräsentativ sind. 43 Verfolgten aus dem bürgerlichen Lager stehen 335 aus den Linksparteien gegenüber. Dazu Frau Fischer-Defoy: "Wir haben uns deshalb entschieden, Biografien auszuwählen, die uns besonders spannend und oft auch ungewöhnlich erschienen – aber wir haben auch den Typ des "Parteisoldaten" aufgenommen und weiblichen Abgeordneten breiten Raum gegeben, weil es in der damaligen Zeit noch mehr als heute bedeutete, als Frau in die Politik einzusteigen

und weil ihre Schicksale uns besonders berührten." Letztere sind auch mit zehn Lebensläufen präsent. Drei von 32 seien hier in knappster Form skizziert.

Käte Frankenthal, 1889 in Kiel als Jüdin geboren. Später Ärztin, Mitglied der SPD, arbeitete in Berlin als Gesundheitspolitikerin, plädierte schon in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts für die Abschaffung des Abtreibungsparagrafen 218, bald nach der Machtübernahme der Nazis Rauswurf aus ihrer Stellung als Stadtärztin in Neukölln. Flucht über mehrere Länder in die USA, dort 1976 verstorben.

Paul Scholze wurde nur 52 Jahre alt. Als Metallarbeiter kämpfte er an der Seite Karl Liebknechts in der Novemberrevolution und war Mitbegründer der Internationalen Arbeiterhilfe, 1933 emigrierte er nach Paris und wurde enger Mitarbeiter Willi Münzenbergs. Nach seiner Übersiedlung in die Sowjetunion geriet er in die stalinistischen Säuberungen und wurde 1938 erschossen.

Der spätere Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg, geboren 1875, vertrat in der Stadtverordnetenversammlung die Zentrumspartei. Seinem Gewissen folgend setzte er sich unerschrocken für die Opfer der Gewaltherrschaft ein. Er starb in nazistischer Haft.

Wenn etwas an dieser sehr guten, viele neue Erkenntnisse über die schrecklichen zwölf Jahre vermittelnden Ausstellung nicht stimmt, dann der etwas verharmlosende Titel. Denn fast alle darin Porträtierten wurden **nicht nur** "vor die Tür gesetzt"

Alfred Fleischhacker

Jüdisches Berlin 77 – 10/2005, S. 25

"Vor die Tür gesetzt"

Ende September eröffnete im Roten Rathaus am Alexanderplatz die Ausstellung "Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder". Vorgestellt werden Schicksale wie das der Stadtärztin Käte Frankenthal, die von 1925 bis 1931 Stadtverordnete der SPD war und 1933 über mehrere Zwischenstationen in die USA floh, wo ihr ein Neubeginn gelang. Sie starb im Alter von 87 Jahren in New York. Auf biographisch-chronologischen Ausstellungstafeln wird auf einzelne Stadtverordnete und Magistratsmitglieder sowie auf die Geschichte Berlins in der Weimarer und der NS-Zeit eingegangen. Die Biographien vermitteln ein Bild der vielfältigen Verfolgungsgründe – von der Mitgliedschaft in einer der verbotenen Parteien über die Verfemung aus "rassischen" Gründen oder die Diskriminierung wegen abweichender Lebensweise bis hin zur Bestrafung von NSDAP-Abgeordneten wegen Korruption.

Neues Deutschland 27.10.2005

Aufsehen im Roten Rathaus – Viele spontane Besucher in der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt"
Gerade ist eine Schulklasse im Roten Rathaus. Nach einer laut bejubelten Zauber- und Verkleidungsvorstellung sehen sich die Zehnjährigen die Ausstellung "Vor die Tür gesetzt" an. Die Macher der Dokumentation stellen die Schicksale von 32 Berlin Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern während der Nazi-Zeit vor.

In den Berliner Medien vermisst der "Verein Aktives Museum" ein großes Echo auf die in der Bundesrepublik wohl einzigartige Zusammenstellung. Viele Besucher des Roten Rathauses würden sich aber spontan in die Ausstellung begeben und sich mit dem Dargestellten beschäftigen. Das bestätigt auch eine Besucherin aus Hannover. Sie werde den Oberbürgermeister ihrer Stadt das Berliner Beispiel zum Nachahmen empfehlen.

Zwei Söhne verfolgter Stadtverordneter berichteten im Rathaus über das Schicksal ihrer Väter. Karl-Heinz Clajus war noch Kind, als er am 18. März 1933 zum Freibad Wannsee lief. Dort arbeitete sein Vater, der Kommunist Hermann Clajus, als geschäftsführender Direktor. Da Clajus von seiner Absetzung als Direktor und möglicher Verhaftung erfuhr, erschoss er sich in seinem Büro im Strandbad. Als sein Sohn an diesem Tag vor dem Tor erschien, wurde er von der SA nicht eingelassen. Er solle sich nie wieder im Bad sehen lassen. Mutter und Sohn überlebten mit karger Rente die Nazi-Zeit.

Eduard Alexander war ebenfalls Stadtverordneter für die KPD. Einige Jahre während der Nazi-Zeit schützte ihn die Arbeit bei der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin, erzählte Sohn Professor Dr. Karl-Friedrich Alexander. Nach dem gescheiterten Umsturz am 20. Juli wurde auch Eduard Alexander verhaftet. Am 1. März 1945 verstarb er auf dem Transport vom KZ Sachsenhausen nach Bergen-Belsen. Der Sohn lobte, dass mit der Ausstellung auch das Andenken an seinen Vater bewahrt wird.

Wolfgang Rex

Anmerkung: Hermann Clajus war SPD-Mitglied.

Stimmen aus dem Besucherbuch

Abgebrochene, unterbrochene, zerstörte Karrieren, bittere Schicksale und Verfolgungsgeschichte werden hier bis in die gefährlich schief erscheinende Architektur der Ausstellung plastisch dargestellt. Danke für diese notwendige Ausstellung!

Eine sehr textlastige, aber auch interessante Ausstellung über sehr engagierte Menschen und ihre z.T. durch das Naziregime zerstörten Existenzen.

"Vor die Tür gesetzt" fühlte ich mich allerdings auch, als ich gegen 12 Uhr mittags diese Ausstellung besuchen wollte und am Portal des Rathauses ein mobiles Schild mit der Aufschrift "Geschlossen" prangte und ich dann vom Personal an der Pforte erfahren musste, dass die Eröffnung nur einem auserlesenen Publikum zugänglich sei.

Ich bin sehr zufrieden mit dieser Ausstellung. Schwarzer Text auf weißem Grund, groß und in einer angenehmen Höhe.

Keine aufdringliche, sondern eine informative Ausstellung. Mein Gesamteindruck: in der handwerklichen Ausgestaltung besser als der eher dröge "Exponat-Bazar" im "neuen" Ägyptischen Museum.

Es ist schon erstaunlich, wie eine derart schlichte Ausstellung einen so beeindrucken, ja erschüttern kann.

Diese Leute hatten noch Rückgrat!
Wie anders heute, Karriere und Geld gehen vor.

Sorgfältig recherchiert, sehr übersichtlich und ansprechend gestaltet und getextet ... aber was für ein Titel für diese Ausstellung, angefüllt mit Schicksalen, die weit mehr bedeuteten als "vor die Tür gesetzt"!

Kleine Korrektur: die ersten fünf Sozialdemokraten wurden 1883 – statt 1893 – in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Tolle Ausstellung, durch die Stühle voll anschaulich gestaltet, sehr viel Mühe gemacht, alle Unterlagen zu beschaffen von den verstorbenen KOMMUNISTEN! Toll, dass so etwas umsonst ist!

Zu Karl Löwenstein sollte vermerkt werden, dass er in Neukölln die "Arbeiter-Abiturienten-Kurse" in gang gebracht hat. Das war die Begründung des Zweiten Bildungsweges in Deutschland. Wenn heute mehr solche Leute da wären, sähe es um unsere Schulen besser aus.

Ich habe selten so eine gute Zeitdokumentation gesehen. Sehr ergreifend und nachdenklich, sehr gut.

Die Ausstellung zeigt die Stärke von Berlin in der Vergangenheit – es ist zu hoffen, dass auch für die schwierigen Aufgaben der Zukunft so viel Stärke im ganzen Land zu finden ist.

Die Klasse 4a der Carl-Orff-Grundschule aus Berlin-Wilmersdorf fand die Ausstellung beeindruckend, sehenswert.

Eine gut recherchierte und präsentierte Ausstellung. Herzlichen Glückwunsch!

Eine Ausstellung, die immer wieder ermahnen muss. Das Schicksal dieser Menschen darf nicht vergessen und niemals wiederholt werden. Ich bin dankbar, dass ich in einem demokratischen ungeteilten Deutschland leben darf.

Scheiss auf die Politiker und Deutschland. Deutschland wird von Jahr zu Jahr schlechter. Immer mehr Arbeitslose und Obdachlose. Wir können uns nur noch selber helfen.

Die Ausstellung ist phänomenal. Die Informationen sind vom Feinsten. Das Ambiente ist nicht mit Worten zu beschreiben. In diesem Sinne pinkelt nicht in die Räume.

Gruppenbild der Angehörigen in der Ausstellung (v.l.n.r.):

Jan Lekschas, Georg Streiter, Renate Luscher, Ulrich Streiter, Hanna Knospe, Gershom Nevo, Lore Diehr, Hella Wieland, Karl-Friedrich Alexander, Lilli Elsas, Brigitte Borchardt, Bernhard Borchardt.

Foto Friederike Hauffe



Die parlamentarische Vorgeschichte der Ausstellung "Vor die Tür gesetzt – im Nationalsozialismus verfolgte Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945"

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hatte am 23. Mai 1985 beschlossen, für die von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Stadtverordneten Berlins eine Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg anzubringen (Anmerkung 1). Es war damit einem Antrag der Fraktion der Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) gefolgt. Es dauerte über 15 Jahre, bis der Beschluss schließlich umgesetzt wurde.

Der Antrag von 1985 ist zeithistorisch gut einzuordnen: Anfang der 80iger Jahre hatten zahlreiche Personen und Gruppen begonnen, nicht nur die NS-Geschichte ihres lokalen Umfeldes, sondern auch die NS-Vergangenheit der Institution oder Organisation, in der sie tätig waren, zu erforschen. So interessierten sich Lehrer und Schüler für die Vergangenheit ihrer Schule, Medizinhistoriker und Ärzte für die Vergangenheit ihres Faches oder ihrer Klinik, Gewerkschafter für ihre jeweilige Gewerkschaftseinheit.

Als ich 1985 neu ins Abgeordnetenhaus von Berlin kam, war ich überrascht, ausgerechnet im parlamentarischen Raum keinerlei Anzeichen einer solchen Aufarbeitung zu entdecken. Nirgends fand sich eine noch so unscheinbare Erinnerung und Ehrung der Frauen und Männer, die als Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Opfer der Zerstörung des Stadtparlaments geworden waren. Wie ich in Vorbereitung des Antrags alsbald herausfand, hatte auch keine Bezirksverordnetenversammlung sich für ihre früheren Mitglieder interessiert. Es gab noch nicht einmal ein öffentliches Gedenken an die von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Reichstagsabgeordneten weder in Bonn, noch in Berlin im wiederaufgebauten Reichstag. Dieses Desinteresse kann als ein Beispiel für das Nachhinken der Parlamente hinter gesellschaftlichen Bewusstseinsprozessen gelten.

Den Unterlassungen gegenüber war es dann wieder erstaunlich, wie schnell und umstandslos der Antrag angenommen wurde (2), ohne jede Diskussion – was auch bedeutete, ohne Einwände, was zugleich aber auch bedeutete, ohne Nachdenken über das geschichtslose Verhältnis des Parlaments zu sich selbst. Das gleiche gilt für einen parallelen Antrag der AL, der sich auf eine Erinnerungstafel im Reichstag an die verfolgten Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik bezog. Wobei hervorzuheben ist, dass die beiden Anträge nicht nur ohne Aussprache, sondern darüber hinaus einstimmig beschlossen wurden. Ich erinnere daran, dass 1985 die CDU in Koalition mit der FDP unter Diepgen die Stadt regierte. Die Alternative Liste war gemeinsam mit der SPD in der Opposition. Mir ist kein anderer Antrag präsent, der eingereicht von der AL als kleinerer Oppositionspartei so einfach durchgegangen wäre.

Zur Erklärung kann der Kontext dienen, in dem die beiden Anträge gestellt worden waren. Sie waren Teil einer Parlamentarischen Initiative der Alternativen Liste Berlin zum 8. Mai 1985, erarbeitet von Christiane Zieseke, der kulturpolitischen Sprecherin der Fraktion, und mir. Deren Kernstück war eine "Große Anfrage der Fraktion der AL über ausgegrenzte und vergessene Opfer des Faschismus in Berlin" (3). Damit verbunden war ein ganzes Paket von Anträgen und kleinen Anfragen, wobei der wichtigste Antrag auf die "Einrichtung eines Härtefonds für Opfer des Nationalsozialismus" zielte.

Diese Große Anfrage zog in der Plenarsitzung die Aufmerksamkeit von den Anträgen ab. Die Redner und Rednerinnen, mich eingeschlossen, debattierten ausschließlich darüber, ob und welche vergessenen und ausgegrenzten NS-Opfer es überhaupt gibt; wie ausreichend oder wie lückenhaft die Entschädigung der Bundesrepublik Deutschland auf Gesetzesebene und in der Praxis war; wie Mängel, wenn sie denn gesehen würden, auf Landesebene zu verringern wären. (4)



10. November 2005: Ulrich Schulze-Marmeling, Christine Fischer-Defoy, Hilde Schramm und Andreas Herbst (v.l.) diskutieren das Schwierige Gedenken an die verfolgten Berliner Stadtverordneten seit 1985
Fotos Martin Schönfeld



Auch hier muss angemerkt werden, dass die Härten, Lücken und Unstimmigkeiten dieser "Wiedergutmachung" damals noch kaum ein Thema waren. Wer, außer einigen Experten, wusste 1985 schon, wie schwierig es war, als NS-Verfolgte die Jahre in Haft als Ersatzzeiten in der Sozialversicherung geltend zu machen; wie unverrückbar an den längst abgelaufenen Antragsfristen festgehalten wurde; welcher Zusammenhang zwischen der Nicht-Anerkennung als NS-Verfolgte und der anhaltenden Diskriminierung von Gruppen wie Euthanasieopfern, Deserteurern, Homosexuellen, Sinti und Roma bestand; wer hatte sich schon mit der "Aberkennung" als NS-Verfolgte wegen Verstoßes gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung befasst, wodurch Widerstandskämpfern der Arbeiterbewegung, die der KPD nicht abgeschworen hatten, aber auch einfachen VVN-Mitgliedern alle Rechte, einschließlich Renten, die anderen NS-Opfern zustanden, genommen worden waren.

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin

Die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetze werden nur im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin veröffentlicht.

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses aus der 4. Sitzung am Donnerstag, dem 23. Mai 1985

über

Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg an die von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Stadtverordneten der Bezirke Berlins

Im Rathaus Schöneberg wird eine Erinnerungstafel an die ermordeten Stadtverordneten der Weimarer Republik angebracht. Auf der Tafel ist aufgeführt: Name, Beruf, Geburts- und Sterbedatum, Ort und Umstände des Todes, Parteizugehörigkeit, Herkunftsbezirk sowie Zeitraum der Mitgliedschaft im Stadtparlament.

Ein erster zusätzlicher Satz erinnert an die Stadtverordneten, die emigrieren mußten, und an diejenigen, die trotz Haft überlebten.

Ein zweiter Zusatz erinnert an die Familienangehörigen, meist Frauen, die direkt oder indirekt mitverfolgt wurden.

Erinnerungstafel im Reichstag an die von den Nationalsozialisten ermordeten und verfolgten Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik

Das Abgeordnetenhaus setzt sich dafür ein, daß im Reichstag eine Gedenktafel für die ermordeten Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik angebracht wird. Auf der Tafel sind Name, Beruf, Geburts- und Sterbedatum mit Hinweis auf Ort und Umstände des Todes, Parteizugehörigkeit und Herkunftsart als Abgeordnete sowie Zeitraum der Mitgliedschaft im Reichstag anzugeben.

Ein erster zusätzlicher Satz erinnert an die Reichstagsabgeordneten, die emigrieren mußten, und an diejenigen, die trotz Haft überlebten.

Ein zweiter Zusatz erinnert an die Familienangehörigen, meist Frauen, die direkt oder indirekt mitverfolgt wurden.

Die Große Anfrage der AL verstand sich als Eröffnung der parlamentarischen Debatte zu dieser Thematik. Der Neuigkeitswert des Vorgetragenen förderte die Aufmerksamkeit. Ihre Intention fand Unterstützung, wenn auch in Abstufungen, bei den anderen Fraktionen im Abgeordnetenhaus. Die Feierlichkeiten und Reden zum 8. Mai 1985 wirkten nach und so bestand offenbar auch bei den regierenden Parteien der Wunsch, aus dem großen Paket der parlamentarischen Initiative einiges zu beschließen und vorzeigen zu können. Für eine solche Geste eignen sich Erinnerungstafeln eben besser als ein Härtefonds. (5)

Dennoch, diese einstimmigen Beschlüsse verlieren ihre Selbstverständlichkeit und sagen etwas über die ideologische Offenheit der Parteienvertreter in der Mitte der 80iger Jahre in West-Berlin aus, wenn man sie mit der Auseinandersetzung auf Bundesebene über die Erinnerungstafel für die Reichstagsabgeordneten vergleicht. Die Debatte hatte der damalige Präsident des Deutschen Bundestages, Herr

Jenninger, mit seinem Gestaltungsvorschlag ausgelöst. Er wollte der einstimmigen Empfehlung des Berliner Abgeordnetenhauses mit folgendem Text Genüge tun: "Den Mitgliedern des deutschen Reichstags, die für Freiheit und Recht in Deutschland einstanden und Opfer der Tyrannei wurden: Zum Gedenken." Das Berliner Abgeordnetenhaus aber hatte beschlossen, jede Person einzeln aufzuführen und weitere Informationen, so auch zur Parteizugehörigkeit, hinzuzufügen. (6)

Der Textvorschlag von Herrn Jenninger stand in der Tradition des Gedenkens der 50iger und 60iger Jahre, die weder die Opfer noch die Täter mit Namen nannte und ihre gesellschaftliche Zugehörigkeit unterschlug. (7) Diese Tradition verband sich im vorliegenden Fall mit antikommunistischem Denken, konkretisiert im Bestreben, kommunistische NS-Opfer möglichst totzuschweigen. Und so sollte durch die Anonymisierung vor allem vermieden werden, dass Reichstagsabgeordnete der KPD, die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet worden waren, öffentlich geehrt würden. (8) Im Berliner Abgeordnetenhaus allerdings hatte niemand an einer öffentlichen und namentlichen Ehrung auch von KPD Parlamentariern, weder der Stadtverordnetenversammlung noch des Reichstags, Anstoß genommen. Im Konflikt um die Reichstagstafel zeigte dann die Medienresonanz, dass beide Traditionsstränge damals zumindest brüchig, wenn nicht überwunden waren: Der Textvorschlag des Bundestagspräsidenten stieß auf einheitliche Ablehnung, bis hin zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung. (9)



Abgeordnetenhaus von Berlin

Drucksache 10/ 113

10. Wahlperiode

21.06.85

Patsbibliothek

Fachabtl. der Berliner Stadtbibliothek

Beschlußempfehlung

des Hauptausschusses vom 12. Juni 1985
zum Absatz 3 des Antrages der Fraktion der AL

über **Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg**
an die von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Stadtverordneten Berlins
- Drs 10/53 -

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Absatz 3 des Antrages der Fraktion der AL über Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg an die von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Stadtverordneten Berlins - Drs 10/53 - wird in folgender Fassung angenommen:

Der Senat wird aufgefordert zu veranlassen, daß bestehende Wissenslücken über das Leben und Arbeiten der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksverordnetenversammlungen vor 1933 und über ihr Handeln nach 1933 aufgeklärt werden.

Berlin, den 12. Juni 1985

Der Vorsitzende
des Hauptausschusses
D. Bowitt

Nachdem ich die einstimmigen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin hinreichend gewürdigt habe, möchte ich kurz, quasi als Kontrapunkt, auf die schleppende Umsetzung des Beschlusses, an die verfolgten Stadtverordneten von Berlin zu erinnern, eingehen. An Hand zahlreicher Nachfragen, Briefe, Gesprächsnotizen, Beantragungen von Besprechungspunkten, sowie Kopien von Korrespondenzen zwischen verschiedenen Senatsverwaltungen und Zwischenberichte des Senats ans Abgeordnetenhaus ließe sich der langwierige Prozess genauer rekonstruieren. (10) Hier nur soviel dazu: Es hatte über ein Jahr, bis Juli 1986, gedauert, bis eine Forschungsgruppe des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) an der FU Berlin mit den biografischen Recherchen beauftragt worden war. (11) Auf Anregung dieser Forschungsgruppe war das Vorhaben auf Mitglieder des Magistrats von Berlin ausgedehnt worden. Da der Abschlussbericht von Anfang 1989 nur als Drucksache des Abgeordnetenhauses vorliegt, erhielten die Ergebnisse des zweijährigen Forschungsvorhabens wenig Aufmerksamkeit. (12)

Die Planungen für die Gestaltung der Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg, die 1989/1990 langsam in Gang gekommen waren, wurden dann in Folge der Vereinigung der beiden Stadthälften durch den Auszug der Senatskanzlei und des Abgeordnetenhauses aus dem Rathaus Schöneberg wieder hinfällig. Erst seit 2000, nach gut 10 weiteren Jahren, gibt es im Roten Rathaus die von mir kaum noch erwartete Gedenktafel. Als ich einmal im Rathaus zu tun hatte, entdeckte ich sie zufällig und war sehr bewegt. Sie besteht aus einem rechteckigem Geflecht mit einer eigenen Tafeln für jede Frau und jeden Mann. Die für mein Empfinden in ihrer Klarheit und

Unaufdringlichkeit gelungene Gestaltung erlaubt es, den wachsenden Wissensstand kontinuierlich zu ergänzen.

Ich freue mich, dass durch die Ausstellung des Aktiven Museums das Gedenken an die von den Nationalsozialisten verfolgten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Berlins und des Magistrats auf eine neue eindrucksvolle Ebene gehoben wurde.

Hilde Schramm

Anmerkungen

- (1) Abgeordnetenhaus von Berlin, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/65.
- (2) Kleine Änderungen waren im Vorfeld zwischen der antragsstellenden Fraktion und den anderen Fraktionen verabredet worden. So war der letzte Absatz des Antrags, der Sondermittel zur Ausfüllung der bestehenden Wissenslücken eingefordert hatte, zurückgestellt worden. Zwei Sitzungen später, am 27. Juni 1985, wurden dann die finanziellen Voraussetzungen für eine Aufarbeitung der Biografien allerdings nur ganz allgemein, ohne Mittelbewilligung geschaffen: "Der Senat wird aufgefordert zu veranlassen, daß bestehende Wissenslücken über das Leben und Arbeiten der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung vor 1933 und über ihr Handeln nach 1933 aufgearbeitet werden." A.a.O., Drucksache 10/113.
- (3) Text des Antrags der Fraktion der AL, s. a.a.O., Drucksache 10/52. Inhaltliche Anregungen für die große Anfrage hatten wir durch eine Tagung des Bildungswerks für Demokratie und Umweltschutz erhalten: "8. Mai 45 bis 8. Mai 85 – Bruch, Kontinuität oder brüchige Kontinuität", 12.-14.4.1985 in Berlin. Besonders informativ waren Unterlagen zur Arbeitsgruppe IV: "Umgang mit den Opfern – Wiedergutmachung als abgeschlossenes oder unerledigtes Problem?" mit den Referenten Heinz Düx, Frankfurt; Michael Wunder, Hamburg; Reinhard Strecker, Berlin. Im Herbst 1985 trug Christian Ströbele die Debatte über die ausgegrenzten und vergessenen NS-Opfer mit einer Anhörung von Verfolgtenvertretern und Gesetzesinitiativen in den Bundestag.
- (4) Erst in der folgenden Legislaturperiode unter Rot/Grün gelang es, in enger Zusammenarbeit mit den hiesigen Verfolgten-Verbänden, gemeinsam mit der SPD das zuständige Landesgesetz zu novellieren und damit die Gleichbehandlung aller NS-Opfer, unabhängig vom Verfolgungsgrund und unabhängig von ihrer politischen Haltung nach 1945, wenigstens auf Landesebene durchzusetzen. Siehe den "Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grüne/AL über Zwölftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (12. ÄndG-PrVG)" vom 28. August 1990, a.a.O., Drucksache 11/1075; beschlossen am 3. Oktober 1990 bei Stimmenthaltung der CDU; veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt Berlin, 46. Jg., Nr. 78, 1. November 1990 A 3227 A.
- (5) Ein Härtefonds wurde dann doch noch mit viel Mühe, nach Ablehnung des AL-Antrags im Laufe der Legislaturperiode am 26. Juni 1986 auf Antrag der CDU beschossen. Im Herbst 1987 errichtete der Senat von Berlin eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit dem Namen "Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft" und stattete sie mit den erforderlichen Mitteln aus. S. a.a.O., Drucksache 10/829; Drucksache 10/864; Drucksache 10/1895.
- (6) Siehe den analogen Wortlaut in Absatz 1 des Beschlusses "Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg..."
- (7) In einem offenen Brief an Herrn Jenninger hatte ich diese Anonymisierung des Gedenkens zurückgewiesen: "Eine solche, von Ihnen vorgeschlagene Tafel stört niemanden, aber sie informiert auch niemanden. Sie wird niemanden zum Nachdenken bringen und niemandes Gefühl erreichen. Pflichtgemäß wird hier nachgeholt, was unverständlicherweise beim Wiederaufbau des Reichstags versäumt wurde. Auf eine solche Tafel können wir verzichten" Abgedruckt in Frankfurter Rundschau, 1.8.1985.
- (8) Die Begründung des Antrags der AL von Mai 1985 hatte einen Hinweis auf die zu ehrenden Kommunisten enthalten: "Beim Wiederaufbau des Reichstags wurde keine Gedenktafel für die Parlamentarier der Weimarer Republik, die gegen den Faschismus auftraten, angebracht. Es sei dahingestellt, ob dieses Versäumnis auf Gleichgültigkeit oder aus Bedenken gegenüber einer öffentlichen Ehrung, die auch Kommunisten einschließen würde, oder aus Scham über die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zur 'Machtergreifung' resultiert." Der Antrag war demnach in Berlin nicht in Unkenntnis, wenn vielleicht auch in Unkenntnis der großen Anzahl der verfolgten Reichstagsabgeordneten, die der KPD angehörten, einstimmig beschlossen worden.

(9) Der Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses vom 23. Mai 1985 wurde erst im Jahr 1992 in zweierlei Gestalt umgesetzt: Zum einen auf Initiative der Perspektive Berlin durch gusseiserne Tafeln eingelassen in den Boden vor dem Reichstag. Dieser künstlerischen Gestaltung war, um eine Umsetzung des Beschlusses durch den Bundestag selbst anzumahnen, seit 1989 an gleicher Stelle eine provisorische Gedenktafel vorangegangen. Zum anderen durch einen Gedenkraum und ein Erinnerungsbuch im Reichstag selbst. Die biografischen Informationen für beide Umsetzungen hatten Dr. Wilhelm Heinz Schröder als Projektleiter zusammen mit Rüdiger Hachtmann u.a. in einer Abfolge von Forschungsprojekten zunächst an der TU Berlin angesiedelt bei Prof. Rürup, danach im Zentrum für Historische Sozialforschung in Köln, schließlich beauftragt von der "Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" erarbeitet.

(10) Mitteilungen zur Kenntnisnahme des Senats von Berlin über Erinnerungstafel, s. Anm. 12: Zwischenbericht vom 14. April 1986 (Drucksache Nr. 10/ 709); 2. Zwischenbericht vom 10. März 1987, Drucksache Nr. 10/ 1420; 3. Zwischenbericht vom 22. Dezember 1987, Drucksache Nr. 10/ 1962.

(11) Der geschäftsführende Vorsitzende des ZI 6, Herr Prof. Dr. Pirker, und der spätere Projektleiter, Dr. Klaus Sühl, hatten sich durch meine Vermittlung, die vom Senator für Kulturelle Angelegenheiten aufgegriffen worden war, sehr schnell mit Vorüberlegungen eingebracht. Als Wissenschaftlicher Mitarbeiter war Ulrich Schulze-Marmeling über zwei Jahre an dem Projekt beteiligt.

(12) Mitteilung zur Kenntnisnahme Nr. 751 des Senats von Berlin über Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg für die von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Stadtverordneten Berlins, Schlussbericht vom 27. Februar 1989, a.a.O., Drucksache 10/2782.

13. Oktober 2005: Claudia Schoppmann (links) und Pieke Biermann berichten über ihre Begegnungen mit Hilde Radusch
Foto Martin Schönfeld



Aktuelle Erinnerungen an verfolgte Berliner Stadtverordnete

Julius Grunow

Der Bezirk Treptow-Köpenick ehrte den früheren Bezirksbürgermeister von Treptow, Julius Grunow, am 24. November 2005 mit einer Gedenktafel am Rathaus Treptow (Neue Krugallee 4), der Wirkungsstätte von Julius Grunow bis 1933.

Julius Grunow (11.1.1873 Kaakstedt – 10.12.1960 Berlin-West), Sohn eines Bäckers, trat als junger Mann in eine freie Gewerkschaft und in die SPD ein. Er wurde 1906 bei der Ortskrankenkasse für Oberschöneweide und Lichtenberg angestellt. In dieser Zeit war er Gemeindevertreter der SPD und wurde zum Schöffen gewählt. Nach dem Kriegsdienst 1916-1918 trat er zur USPD über. Die Bezirksversammlung Treptow wählte ihn 1921 zum Bezirksbürgermeister. 1922 kehrte er zur SPD zurück. Grunow wurde am 16.3.1933, zwei Wochen vor seiner gesetzlichen Pensionierung, als Bezirksbürgermeister von Treptow wegen "mangelnder Eignung" für sein Amt entlassen. Im August wurde ihm mitgeteilt, er sei entlassen worden, weil er seinerzeit "ohne die erforderliche Eignung zu besitzen, als reiner Parteibuchbeamter" gewählt worden sei. Außerdem habe er sein Amt allein im marxistischen Sinne versehen und die nationalsozialistische Bewegung in jeder nur denkbaren Weise bekämpft. Deshalb wurden ihm die Ruhestandsbezüge entzogen. Als Sechzigjähriger und politisch Belasteter war er, wie die Arbeitsverwaltung nach einiger Zeit feststellte, unvermittelbar. Nach der Befreiung bekam er eine Stelle im Bezirksamt Treptow, wo er bis Januar 1948 tätig war.



Foto Martin Schönfeld

Julius Moses

Die Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin zeigt vom 15. Dezember 2005 bis 31. Januar 2006 die Ausstellung: "Julius Moses – Schrittmacher der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik"

Die Ausstellungseröffnung findet am 15. Dezember 2005 in der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin) statt.

Zum Stand Dokumentationszentrum "Topographie des Terrors"

Nach dem Scheitern des Bauprojektes des Architekten Peter Zumthor im Sommer 2004, nach dem Abriss der bereits errichteten Treppentürme des Zumthor-Projektes im Herbst 2004, fand im Frühjahr/Sommer 2005 ein offener, anonymer Architektur-Wettbewerb zur Findung eines neuen Bauprojektes statt. In einer ersten Wettbewerbsphase wurden Anfang September 2005 23 Entwürfe zur weiteren Ausarbeitung ausgewählt. Nach einer erneuten Jurysitzung soll Ende Januar 2006 feststehen, welches Bauprojekt für das Dokumentationszentrum "Topographie des Terrors" nachfolgend errichtet werden soll. Bis dahin sind das Wettbewerbsverfahren und seine ersten Ergebnisse nicht öffentlich.

Mit dem Wettbewerbsverfahren für das Dokumentationszentrum "Topographie des Terrors" befasste sich u.a. die Berliner Zeitung, aus deren Artikel wir hier zitieren:

Oslo zeigt es uns

Architekturjurs brüten, so stellt man sich das vor, in geheimer Sitzung über anonym eingereichten Arbeiten und ermitteln in heftiger Debatte das beste Ergebnis. So will man derzeit auch einen neuen Entwurf für die Topographie des Terrors finden. Vergangene Woche teilte man uns mit, dass die Jury sich über 23 Entwürfen zusammensetzen und bis Ende Januar 2006 für uns entscheiden wird. Danach dürfen wir streiten, ob das Urteil sinnvoll ist. Angeblich geht es nur so. Sehen wir einmal nach Norwegen. Dort wird die Erweiterung der Nationalgalerie in Oslo geplant. Dessen erste Stufe war im Sommer eine große Ausstellung über die Geschichte des Ortes und der vielen Alternativentwürfe, die es schon gab. Das Volk sollte sich erinnern können. In der zweiten Stufe werden die Architekten der Welt eingeladen, Skizzen einzureichen. Aus diesen wählt eine Jury Projekte aus, die überarbeitet und in einer weiteren Ausstellung gezeigt werden. Das Volk soll sich seine eigene Meinung bilden, sogar einen eigenen Sieger küren. Gleichzeitig tagt auch die Jury weiter, die sich nicht nur mit sich selbst, sondern außerdem mit dem auseinander setzen muss, was das Volk sich so denkt. Schließlich gibt sie ihr Urteil bekannt.

Schon der Entwurf für die neue Oper von Oslo wurde so gefunden. Das Resultat ist der sensationelle Marmorgletscher des Büros Snørhetta, der 2007 eröffnet wird. Zweifellos wird so die Macht der Jurs beschnitten. Aber die Vorstellung, dass nur intime Zirkel adäquat über Stadtplanung, Architektur oder öffentliche Kunst entscheiden könnten, ist schlichtweg undemokratisch – und politisch dumm. Denn, wie der Direktor des norwegischen Architekturmuseums, Ulf Grønwall, berichtet: Bei einem so transparenten Verfahren stellen sich auch die Kritiker hinter das schließlich gefundene Ergebnis.

Kurzum: Wir wollen die vielen Topographie-Pläne *jetzt* sehen und darüber öffentlich debattieren, bevor die Entscheidung gefallen ist. Und sei es nur, um ein Desaster wie beim Wettbewerb für das neue Haus des Bundesnachrichtendienstes an der Chausseestraße zu vermeiden. Da entschieden die Chefs des BND, des Bundesamtes für Bauordnung und Raumwesen sowie der Berliner Senatsbaudirektor Hans Stimmann als Drei-Mann-Gremium. Wenn es den Bayern gelingt, den Umzug des BND zu torpedieren, wird die Architektur von Jan Kleihues ein Argument sein: Perfekt drücken Fensterscharten, gewaltig symmetrische Wände und breite Abstandszonen die Allmachtsallüren der Bürokratie aus. Und die der Jurs.

Nikolaus Bernau
Berliner Zeitung 13.10.2005

Internationales Seminar "Jewish Refugees in Shanghai" 10. – 12. November 2005

Wie ein Magnet zog es mich am 15. Oktober 2005, einem Sonnabendmorgen, als erstes an meinen Computer und nicht an die Kaffeemaschine. In meiner Emailbox fand ich eine Anfrage von Prof. Pan Guang, Dean (Dekan) des „Center of Jewish Studies, Shanghai“ die mein Herz höher schlagen ließ.

Dear Sonja,

I hope this letter finds you well.

Shanghai Municipality will organize an exhibition and seminar on Jewish Refugees in Shanghai Nov.10 – 12 of 2005 in memory of 60 anniversary of the end of WWII. The mayor would be appreciate it if you could join this event as a special guest. We will certainly cover all your expenses for this trip

including business class ticket. At the same time, we will have opening press conference for the 2005 edition of my book JEWS IN CHINA. You will be welcome to join this as well.

Please let me know whether it is possible for you to join us. If yes, I will send all information to you.

Thank you for your time.

With best wishes,

Pan Guang

Mein Mann wollte mich allein auf die Reise schicken, mittags hatte ich bereits den Konferenzablauf auf meinem Computer und in den folgenden 3 Wochen bis zur Abreise am 8. November waren alle Formalitäten und Probleme gelöst und auch meine Rede, die ich in Englisch halten sollte, nicht nur auf dem Papier, sondern in meinem Kopf. Die passenden Fotos und Materialien hatte ich auf dem Memorystick und zur Sicherheit auch auf einer CD gespeichert – da sollte dann nichts mehr schief gehen.

Es waren großartige, unvergessliche 13 Tage in meiner Geburtsstadt Shanghai, wo ich im Oktober 1939 als Kind jüdischer Flüchtlinge auf die Welt kam. Seit unserer Abreise aus Shanghai im Juli 1947 hatte ich das Glück, zweimal in diese faszinierende und sich ständig erneuernde Stadt eingeladen zu werden, 1989 für ein erstes chinesisches Dokumentarfilmprojekt zum Thema Exil in Shanghai: "Sanctuary Shanghai" sowie "Escape to Shanghai" und nun zu einem Internationalen Seminar "Jewish Refugees in Shanghai" mit einer Ausstellungseröffnung, einer Buchpräsentation, einem Treffen mit ehemaligen chinesischen Nachbarn in Hongkew und einem umfangreichen zusätzlichem Besichtigungsprogramm.

Am 10. November fand die Eröffnungszeremonie statt. Ja, es war eine Zeremonie mit vielen geladenen Gästen. Reden und Dankesworte in Chinesisch und Englisch und umgekehrt wurden gehalten. Auf der festlich geschmückten Bühne in warmer Novembersonne standen nicht nur die höchsten Vertreter des Staats- und Parteiapparates von Shanghai, sondern auch der israelische Botschafter, der israelische und amerikanische Generalkonsul, Prof. W. Michael Blumenthal als Direktor des Berliner Jüdischen Museums, der, wie auch René Willdorff mit seinen Eltern während der Nazi Herrschaft Zuflucht in Shanghai gefunden hatte. Wir erhielten kleine Sträußchen duftender Orchideen ans Revers gesteckt und ich hatte wegen der vielen blitzenden Kameras, der überall freundlich dreinschauenden und feierlich gekleideten Menschen, die sich auch vor der Bühne auf einem Platz vor der ehemaligen Ohel Rachel Synagoge versammelt hatten, nur einen Augenblick Zeit daran zu denken, dass der Beginn dieses November-Events, wie Prof. Pan Guang das Email überschrieben hatte, von der chinesischen und auch israelischen Seite bewusst gewählt wurde: In der Nacht des 9. zum 10. November 1938 fand in Deutschland ein Pogrom, die sogenannte "Kristallnacht" statt. Auch mein Vater und etliche meiner Familienangehörigen wurden danach in die Konzentrationslager verschleppt und nicht nur für meine Eltern war Shanghai die Rettung und das letzte offene Tor, das sie Ende April 1939 erreichen konnten.

Das schöne alte Gebäude der Ohel Rachel Synagoge, das lange Jahre als Bibliothek, seit einigen Jahren Staatsgästen und zu den hohen jüdischen Feiertagen der in Shanghai ansässigen jüdischen Gemeinde vorbehalten war, hatte ich vorher noch nicht gesehen und war gespannt wie man es für die Ausstellung hergerichtet hat. Neben mir stand der deutsche Generalkonsul von Shanghai und hinter mir Rabbi Greenberg, dem ich auch vor Freude die Hand reichen wollte. Er hat dies mit einer sehr geschickten Bewegung an seine weibliche Nachbarin weitergeleitet. Ich hatte natürlich nicht bedacht, dass man als Frau einem orthodoxen Rabbiner nicht die Hand schütteln darf.

Ansonsten ging alles sehr unorthodox zu: Wir waren in einem modernen 27-stöckigen 4-Sterne-Hotel untergebracht, das auf dem Gelände der ehemaligen deutschen Kaiser-Wilhelm-Schule errichtet worden war, erzählte mir Dr. Astrid Freyeisen, die seit dem 1. November 2005 als ARD-Korrespondentin in Shanghai arbeitet und die Gelegenheit nutzte, am Eröffnungstag dabei zu sein, und ihren Bericht noch am gleichen Tage nach Deutschland senden konnte. In diesem Hotel fand dann auch am folgenden Tag, einem Freitag, das Internationale Seminar statt. Ich war angenehm überrascht von der phantastischen Ausstattung des Konferenzraumes, den dicken Teppichen, dem schönem Mobiliar, der ausgezeichneten Beleuchtung und den vielen Blumen, die eine angenehme Atmosphäre verbreiteten. Es kam mir vor, als hätte man auch wirklich an alles gedacht: die Technik, die Beschriftung, die Namensschilder, die umgestellt wurden, wenn eine/r von den Rednern bzw. Kommentatoren vor einem anderen Mikrofon Platz nehmen sollte, die Pünktlichkeit, mit der alles ablief und auch die meist sehr qualitativ gehaltenen Vorträge und Diskussionsbeiträge. Soweit das für mich sichtbar war, waren Vertreter vieler Universitäten des Landes anwesend.

Etliche Professoren hatten bzw. beschäftigten sich inzwischen mit dem Thema "Juden in China" so dass es auch ab und an zu einem anregenden Gesprächsaustausch in den kurzen Pausen und bei einem Arbeitsessen kam.

Die Ausstellung, die unter dem biblischen Namen "Jewish Refugees in Shanghai – Noah's Ark on Fire and Sword" stand, wird, so meinte der israelische Botschafter, am 27. Januar 2006 zum Holocaust-Gedenktag, in Peking eröffnet werden. In der Ausstellung, die ich einige Tage später noch einmal zusammen mit Tess Johnston, Dr. Astrid Freyeisen und Frank Hollmann vom Bayerischen Rundfunk, Würzburg, besuchte, fand ich u.a. die Abbildung unseres Kataloges "Leben im Wartesaal" und ein Foto des Seminars aus dem Haus der Wannseekonferenz vom August 1997, aber auch Günter Nobels Porträt, Harry Jorysz als Kind mit einem chinesischen Jungen oder im Gespräch mit Pan Guang waren u.a. auf den großflächigen Bildern zu sehen. Über einen Bildschirm lief der Dokumentarfilm „Fleeing to Shanghai“ in den auch viele Bilder und Szenen eingeflossen sind, die ein Shanghaier TV-Team im Sommer 1997 während unserer Aktivitäten im Berliner Martin-Gropius-Bau, aber auch bei den Konicki's oder auch den Worm's in Bayern gedreht hatte. Den Direktor dieses Filmteams, der uns noch immer eine Kasette dieser Aufnahmen schuldet, traf ich auf dem Flur vor dem Konferenzraum. Er war sehr verwundert, dass ich ihn erkannte und als ich ihn umarmte, wunderten sich sicher etliche andere. Auch dieses Kamerateam begleitete uns nicht nur im Museum, sondern auch bei allen weiteren Besuchen von alten und auch neuen interessanten Orten in und um Shanghai.

Ich hatte leider nicht die Gelegenheit, im Swimmingpool des Hotels zu baden, da wir Vier, d. h. René Willdorff, ein ehemaliger Berliner, heute in den USA lebend nicht nur als Webmaster der www.rickshaw.org und Vorsitzender des Reunion-Committees, sondern auch die in Berlin geborene, heute in Israel und darüber hinaus bekannte Künstlerin Ruth Shany, der Mikrobiologe Karl Bettelheim und ich als Ehrengäste der Stadt Shanghai ständig von Journalisten und Kameraleuten begleitet und umlagert wurden, Rede und Antwort geben mussten, in den ersten Tagen auch bis in die späten Abendstunden. In den Shanghaier Zeitungen erschienen unsere Bilder und die englischsprachigen "Shanghai Daily", "China Daily" oder "Shanghai Star" konnten wir natürlich lesen, aber die chinesischen Schriftzeichen der übrigen Artikel blieben und bleiben uns weiterhin ein Rätsel.



Bild oben: Eröffnung der Internationalen Konferenz in Shanghai am 10.11.2005

Bild unten: Journalisten am Gedenkstein für die jüdischen Flüchtlinge im Huoshan Park

Bild S. 45 oben: Fotos in der Ausstellung, u.a. ein Porträt von Günter Nobel

Bild S. 45 unten: Bericht in einer Shanghaier Tageszeitung, im Bild Sonja Mühlberger

Fotos Sonja Mühlberger



In der kurzen Zeit, die wir uns für das Frühstück im Hotel nahmen, saßen wir zusammen, sprachen Deutsch bis Manli Ho, die Tochter des ehemaligen chinesischen Generalkonsuls Dr. Ho Feng Shan, der in Wien Visa für ausreisewillige Juden ausgestellt und daher viele Menschenleben gerettet hatte, sich zu uns setzte. Dann ging es nämlich auf Englisch weiter.

Den Veranstaltern, von denen ich nur die 4 Co-Sponsoren – das Information Office und Foreign Affairs Office der Stadt Shanghai, die Stadtverwaltung von Hongkou und natürlich das Center of Jewish Studies Shanghai –, nicht aber die vielen freundlichen Helfer nennen kann, gebührt ein besonderer Dank. Sie bedachten uns nicht nur mit rührender und freundlicher Aufmerksamkeit. Sie beschenkten uns auch noch mit Büchern und Postkarten, mit einer Briefmarken-Sonderausgabe, die eigens zu diesem November-Event herausgegeben wurde, mit einem Kasten voller exotischer Teesorten und einer mit unserem Vor- und Zunamen in alter Tradition gebrannten Teetasse, um nur einiges zu nennen. Immer waren sie bei und um uns, bei den Busfahrten nach Pudong, auf dem Fernsehturm, in den Museen, in der Altstadt. Wohin auch immer wir gingen oder fuhren, war auch eine Ärztin und eine Krankenschwester dabei, die dann den schweren Koffer mit den Arztutensilien für "alle Fälle" trug, wenn ihn nicht einer der Journalisten ihr abnahm. Zu unserem Glück gab es nur wenig Anlass, den Koffer zu öffnen, aber wir fühlten uns dadurch mehr als sicher und ich hatte so viel Fürsorge noch bei keiner anderen Reise verspürt.

Wir wurden nicht nur zu den alten und neuen Sehenswürdigkeiten der Stadt gefahren, sondern auch in immer neue Restaurants geführt, wo wir an großen, runden, reich gedeckten Tischen, meist zusammen mit den chinesischen Begleitern des Institutes, Persönlichkeiten der Stadt, an einem Abend auch mit Michael Blumenthal, essen und plaudern konnten. Ich meinte zwar, dass ich doch recht geschickt mit den Stäbchen umgehen kann, aber meine Kleidung hatte bald mal hier und da einen Fleck bis ich merkte, dass man in allen Restaurants, die wir besuchten, einen Zipfel der immer frisch-gestärkten Stoffservietten unter den Teller klemmt und den gegenüberliegenden irgendwie unter dem Kinn anbringt. Ich musste mir daher unbedingt einen Pulli oder eine Bluse kaufen, obwohl mir einer der Fernsehjournalisten versprach, dass man so einen Fleck nicht auf dem Bild erkennen würde und notfalls könnte man einen Lichtpunkt darauf setzen, was für mich nicht sehr überzeugend klang.



W. Michael Blumenthal spricht zur Eröffnung des Internationalen Seminars in Shanghai, links der israelische Generalkonsul
Foto Sonja Mühlberger

Zusammen mit Manli Ho fuhr ich mit einem Taxi, die nach wie vor sehr wenig Geld kosten, in die ehemalige chinesische Altstadt, wo man sich quasi von heute auf morgen wunderschöne Kleidung anfertigen lassen kann. Während Manli in ihrer chinesischen Muttersprache mit dem Schneider verhandelte, war ich wie geblendet von den vielen herrlichen chinesischen Seiden- und Brokatstoffen in dem kleinen, zur Straße offenen, engen Raum und hätte am liebsten lange dort verweilt, um über die Stoffballen zu streichen, sie mir näher betrachten zu können. Es fiel mir nicht leicht, mich zu entscheiden, aber nun habe ich auch zwei für mich angefertigte chinesische Jacken wie ich sie mir schon lange gewünscht hat-

te, aber in Berlin gibt es bisher kein "Chinatown", was Cherry, eine unserer "guten Seelen" in Shanghai sehr verwundert hat. In diese Straße bin ich noch 2 mal gefahren, habe in einem großen Markt voller fabrikneuer Stoffe aller Art Seide, eine Wattejacke und einige typisch chinesische Kleinigkeiten gekauft. Ich habe nicht nur dort festgestellt, dass sich besonders die Chinesinnen wieder traditionell kleiden, was mir sehr gut gefällt, da ich es für eine Art von gesundem Nationalstolz halte.

Meine Kamera hatte ich immer bei mir und habe, wo immer dies möglich und nicht aufdringlich war, festgehalten, was mich auch bei dieser 2. Reise beeindruckt hat und das ist natürlich nicht nur das saubere Stadtbild, die phantastischen und abwechslungsreichen Gebäude, der enorme Autoverkehr zu allen Tages- und Nachtzeiten auf den Straßen oder die gepflegten Bäume, Blumen und Sträucher, die modisch gekleideten Menschen oder die Trinkflasche, die die Taxifahrer neben ihren Sitz klemmen und die mit einem undefinierbaren Wasser gefüllt sind, sondern auch die farbigen Bilder von einer einzigartig erleuchteten Stadt Shanghai, die man bei einer Kreuzfahrt auf dem Huangpu-Fluss zu sehen bekommt.

Natürlich habe ich auch Xu Buzeng, einen klugen Wissenschaftler und Kenner besonders der kulturellen Szene der Juden in Shanghai der Jahre 1938-1949 und seine Frau fotografiert, die uns im Hotel besuchten. Ich habe etliche seiner interessanten Arbeiten gelesen und wir kommunizieren schon lange per Email.

Für 2 Tage bin ich allein mit der Eisenbahn nach Hangzhou gefahren, um auch einmal eine andere chinesische Stadt kennen zu lernen.

Die letzten 4 Tage meines Aufenthaltes in Shanghai konnte ich bei meiner amerikanischen Freundin Tess Johnston verbringen, die mich zu einer Ausstellungseröffnung und ins Theater zu einer Aufführung von "Swan Lake" (Schwanensee) mitnahm, was mich wahrlich begeisterte, da ich so großartige chinesische Tänzer, die gleichzeitig Akrobaten waren, noch nicht gesehen hatte.

Dvir Bar-Gal besuchte mich bei Tess. Er ist eigentlich ein israelischer Photojournalist, lebt seit einigen Jahren in Shanghai und hat sich sehr verdient gemacht, indem er verlorengegangene Grabsteine in der Umgebung Shanghais fand, die einst auf den 4 jüdischen bzw. dem internationalen Friedhof standen und die er nun in einer einzigartigen Ausstellung zeigt.

Am letzten Tag meines Aufenthaltes erhielt ich plötzlich einen Anruf meiner Freundin Dr. phil. Choou-Huey Chang, Leiterin des "German Department" eines Sprachinstituts in Taiwan, die das erste Mal nach Shanghai kam, um an einer internationalen Konferenz teilzunehmen. Sie hat in Trier Judaistik studiert und nahm im Sommer 1997 an unserem Seminar im Haus der Wannseekonferenz teil, wo wir uns kennen gelernt haben. Ich traf sie später noch in Wuppertal und auch im Berliner Jüdischen Museum, aber nun hatten wir uns lange nicht mehr gesehen, weshalb die Freude umso größer war. Pan Guang hatte ihr mitgeteilt, dass ich auch in Shanghai wäre.

Am 9. November 2005 war ich erstmals auf dem modernen neuen Flughafen auf Pudong angekommen und wurde mit einem Namensschild von einer jungen Frau Zhang Yinan und einem Chauffeur erwartet. Zhang, die sich mit ihrem hebräischen Namen Eiala vorstellte und mich während meines Aufenthaltes liebevoll betreute, spricht Hebräisch und Englisch, studiert und arbeitet im Center of Jewish Studies Shanghai. Am 21. November wurde ich von Cherry Wang und einem Chauffeur abgeholt und zum Flugplatz gebracht. Cherry schaffte es nicht nur, mir den letzten Fensterplatz zu organisieren, sondern sie war verantwortlich für die Flugtickets, unsere Unterbringung, überhaupt für fast alles, was an organisatorischen Dingen für unsere Reise, auch meine Kurzreise nach Hangzhou, nötig und notwendig war und sie hat auch die Restaurants ausgesucht, uns begleitet, wann immer sie konnte. Ich weiß nicht, wie diese junge Frau von 23 Jahren das alles geschafft hat, ohne ihr Mobiltelefon wahrscheinlich nicht, aber sie ist bewundernswert und ich bin froh, sie getroffen zu haben wie auch etliche andere.

Sonja Mühlberger

Wir erinnern an

Martin Beutler

(20.11.1934 – 14.7.2005)

Martin Beutler wurde 1934 in Merseburg (Saale) geboren. Er starb am 14. Juli 2005 in Berlin. 1939 musste Martin Beutler zusammen mit seinen Eltern seine Heimatstadt verlassen. Sie emigrierten nach Shanghai. Wie viele jüdische Männer war Gustav Beutler nach dem Novemberpogrom 1938 verhaftet worden. Er verbrachte einige Zeit im Konzentrationslager Buchenwald. Er wurde unter der Auflage freigelassen, das Deutsche Reich innerhalb der nächsten Wochen zu verlassen. Doch innerhalb einer kurzen Frist war die Ausreise nicht möglich. Daraufhin ließ die Gestapo ihn erneut verhaften und in Halle inhaftieren. Derweil gelang es aber seiner Frau, die Ausreiseformalitäten zu regeln und so fand sich die Familie Beutler schließlich an Bord der "U-saramo" im Hamburger Hafen wieder. Nach einer zehnwöchigen Fahrt rund um Afrika erreichte das Schiff Shanghai. Unter den schwierigen Bedingungen des Exils in Shanghai ließen sich die Eltern bald scheiden. Martin Beutler blieb zusammen mit seinem Vater. Sie lebten in sehr ärmlichen Verhältnissen in Hongkew. Gustav Beutler war einer von Tausenden jüdischen Kaufleuten in Shanghai, die über keine anderen Fähigkeiten verfügten. So handelte er mit Tabak und Zigaretten. Weil sich dort niemand eine ganze Schachtel Zigaretten leisten konnte, wurden sie einzeln verkauft. Martin besuchte in Shanghai die Kadoori School bis zum Juli 1947 und nachmittags die Talmud-Thora-Schule. Im Sommer 1947 reiste er zusammen mit seinem Vater nach Deutschland zurück und sie begannen zusammen mit Helga Calm ein neues Leben in Leuna. Auch sie war durch die Verfolgung der Nationalsozialisten aus Berlin geflüchtet und verbrachte Jahre als deutscher Flüchtling in Shanghai. Bei ihrer Rückkehr war Martin Beutler dreizehn Jahre alt und setzte seine Schullaufbahn in Deutschland fort. Er wünschte sich eine Rückkehr nach Shanghai, doch nahm es 47 Jahre in Anspruch, bis sich dieser Traum 1994 erfüllte. Martin studierte an der Technischen Universität Dresden und erwarb das Diplom eines Ingenieurvolkswirts. Später arbeitete er für das Außenhandelsministerium der DDR in Berlin. Zusammen mit seiner Frau Edith lebte er sechs Jahre in Italien, wo er als Attaché für Wirtschaftsfragen an der Botschaft der DDR tätig war. Edith und Martin Beutler hatten zwei Kinder, einen Sohn und eine Tochter, und zwei Enkelkinder.

1986 wurde Martin Beutler Invalide, und er nutzte nun seine überzählige Zeit, um über die Vergangenheit nachzudenken. So gehörte er auch zu dem kleinen "Initiativkreis ehemaliger Shanghai-Flüchtlinge" (Zeitzeugengruppe), die in Archiven recherchierte und Kontakt mit vielen Wissenschaftlern, Journalisten und Studenten unterhielt.

Wir werden ihn und seinen trockenen Humor sehr vermissen.

Unser Bild zeigt Martin Beutler am 21.8.1997 bei der Einweihung der Gedenktafel zur Erinnerung an die Rückkehr deutscher Flüchtlinge aus Shanghai 1947, im Foyer des Spreewaldbads Wiener Straße 95



Erinnerung an Martin Beutler

Beim Abrufen der e-Mails dachte ich auf den ersten Blick, auch wie schön, dass sich Martin Beutler bei mir meldet... Vielleicht gerade, weil ich Martin so lange nicht mehr gesehen habe und ihn im Geiste noch bei den Treffen unserer Shanghai-AG in der Geschäftsstelle des Aktiven Museums in der Chausseestraße vor mir sehe, ist mir der Gedanke, dass er gestorben ist, besonders fremd.

In welchem Zusammenhang und wann die erste Begegnung mit Martin stattgefunden hat, konnte ich zunächst nicht rekonstruieren. Ich habe deshalb mit Sonja telefoniert, die Martin vor gar nicht so langer Zeit genau zu diesem Punkt befragt hat. Offensichtlich hat mich Martin bei einer öffentlichen Veranstaltung des Aktiven Museums in Pankow – ich denke, es war im dortigen Rathaus, vermutlich Ende 1994 – erstmals angesprochen. Damals hatte er damit begonnen, sich intensiv mit dem Exil in Shanghai zu beschäftigen und sich darum bemüht, dieses Kapitel der NS-Geschichte stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. All die folgenden, so wichtigen gemeinsamen Projekte haben letztlich mit seiner Initiative ihren Anfang genommen! Der Blick in den Katalog "1945: Jetzt wohin?" in das Buch "Leben im Wartesaal – Exil in Shanghai 1938-1947" oder in den Band "Exil Shanghai 1938-1947. Jüdisches Leben in der Emigration" erzählt hiervon: In den Danksagungen und Quellenangaben taucht immer wieder Martins Name auf. Ohne seinen Anstoß und sein Engagement hätte es wohl weder die "Reunion" der "Shanghai-Kids" in Wannsee im Sommer 1997 noch die Ausstellung im Jüdischen Museum gegeben. Schon sehr früh hatte er mir die ersten Dokumente zur Verfügung gestellt, Hinweise auf Fundorte möglicher weiterer Quellen genannt und letztlich durch seine Person ein immer größeres Interesse für die besondere Geschichte des Shanghaier Exils geweckt.

Georg Armbrüster

Ausstellungshinweis

Der zweite Sonntag im September

Eine kleine, aber feine und besonders in der Auswahl der Dokumente und historischen Fotografien sehr gelungene Ausstellung ist noch bis 15. Januar 2006 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, 4. Etage) und ab 27. Januar 2006 im Haus der Demokratie (Greifswalder Straße 2) zu besichtigen. Diese Ausstellung bietet einen kompakten Überblick zur Geschichte eines Gedenktages: 60 Jahre Erinnerung zum Gedenktag der Opfer des Faschismus.

Dass dieser Gedenktag in den zurückliegenden 60 Jahren einer besonderen Entwicklung unterlag, erläutert die Ausstellung eindrucksvoll. So war der erste Gedenktag für die Opfer des Faschismus am 9. September 1945 noch aus einem breiten Konsens aller Gegner des NS-Regimes hervorgegangen. Doch schon bald, spätestens 1948, geriet der "OdF-Tag" in die Wirren des Kalten Krieges hinein. Im Westteil Berlins wurde die Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes zunehmend mit konkreten historischen Daten verbunden (20. Juli, 9. November), und der Tag der Opfer des Faschismus geriet dort bald ins gedenkpolitische Abseits. Nur kleine Gruppen hielten an dieser im Jahr 1945 gesetzten neuen Tradition fest.

Im Ostteil Berlins wurde der Tag der Opfer des Faschismus in die offiziellen staatspolitischen Rituale integriert. Seine Veranstaltungen wurden zur Bühne parteipolitischer Programme. Die eigentliche Bedeutung des Tages und sein lebendiger Auftrag verloren sich in der Wiederholung von immer gleichen Losungen. Diese Form der Funktionalisierung ist auch darauf zurückzuführen, dass der OdF-Tag eine eigenständige Setzung ohne einen konkreten historischen Bezug war. In seinem Datum, der zweite Sonntag eines jeden September, zeigt sich eine Verallgemeinerung, die im Kontext tagespolitischer Hysterie zu einer Umdeutung geradezu einlud.

Das Jahr 1990 gab dem Tag der Opfer des Faschismus einen neuen Gehalt. Statt ritueller Aufmärsche wurde er seitdem als ein "Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung" in Form eines öffentlichen Festes und einer Informationsbörse mit Diskussionen und Kulturprogrammen



begangen. Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen sind auch nun eine Programmthema, allerdings nicht als offizielle, amtliche Verlautbarungen, sondern als dringende Appelle, gegenwärtigen Tendenzen des Rechtsradikalismus, Antisemitismus und des Rassismus entgegen zu treten. Denn solange diese Symptome gegenwärtig sind, ist die Erinnerung an die Opfer des Faschismus dringend geboten.

Über diese allgemeinen politischen Zusammenhänge hinausgehend ist es den Autoren Hans Coppi und Nicole Warmbold gelungen, viele interessante Zeugnisse dieser Entwicklung auf den zwölf Ausstellungspostern zusammenzutragen. Das reicht beispielsweise von der Fotosequenz der Verhaftung eines VVN-Vertreters bei einer Gedenkveranstaltung im Wedding 1951, über die polizeilichen Auflagen für eine Gedenkveranstaltung am OdF-Tag in Reinickendorf 1958 bis hin zum minutiösen Ablaufplan der Kundgebung am OdF-Tag 1980 in Ost-Berlin. Und noch ein Vorteil: Wer es bis zum 15. Januar 2006 nicht an den Franz-Mehring-Platz schafft oder danach auch nicht zum Haus der Demokratie kommen kann, findet die Ausstellung und ihre vortrefflichen Details auch im Internet als pdf-Dokument (Tafeln_Odf-Tag-screen.pdf) unter:

www.rosalux.de/cms/index.php?id=7132.

Bild oben: Plakat zum ersten OdF-Tag 1945

Foto unten: Eröffnung der Ausstellung am 11.9.2005 im Veranstaltungszelt, im Bild Hans Coppi



Ausstellungsankündigung

Wir waren Nachbarn – 102 Biografien jüdischer Zeitzeugen

Ab dem 27. Januar 2006, dem Tag der Befreiung von Auschwitz, ist die Zeitzeugenausstellung **Wir waren Nachbarn** erneut im Rathaus Schöneberg zu sehen. Sie zeigt 102 Biografien jüdischer Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, die vor ihrer Deportation und Vertreibung als Nachbarn in Schöneberg und Tempelhof gelebt haben.

Für die neue Ausstellung wurden weitere Lebensgeschichten recherchiert und Interviews mit heute wieder in Berlin lebenden jüdischen Bürgern geführt.

Für Nichtjüdische Zeitzeugen, die bisher durch den Ausstellungsfilm **Geteilte Erinnerungen**, repräsentiert sind, findet sich in dem neuen Ausstellungselement **Archiv der Erinnerungen** ein weiteres Forum. Kleine Geschichten, Fotos oder Briefe geben Einblicke in das Erlebte und Erinnerte. Die Besucher sind aufgefordert, dieses Archiv aus heutiger Perspektive zu erweitern. Hintergrundinformationen zu den Exilländern bieten **Ländertafeln**, die 1999 in Zusammenarbeit mit dem Verein Aktives Museum entstanden sind.

Auch in diesem Jahr wird die Ausstellung von einem Rahmenprogramm begleitet werden, das den aktuellen Programmhinweisen entnommen werden kann.

Die Ausstellungseröffnung wird am 25. Januar 2006, um 18 Uhr im Foyer des Rathauses Schöneberg gemeinsam u.a. mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit einer Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung von Auschwitz stattfinden.

Ausstellungsort: Rathaus Schöneberg, Ausstellungshalle

Öffnungszeiten: 27. Januar bis 23. April 2006

Dienstag – Freitag von 10-18 Uhr, Samstag und Sonntag 10-17 Uhr

Eintritt frei

Veranstalter ist das Kunstamt Tempelhof-Schöneberg, Tel: 7560-6964,

E-Mail: hausamkleistpark-berlin@t-online.de, Internet: www.hausamkleistpark-berlin.de

Foto Gerhard Haug – Kunstamt Tempelhof-Schöneberg





Die Ausstellung im Berliner Rathaus: *Vor die Tür gesetzt*
Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945

Fotos Friederike Hauße

